

# Zeitung

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.30 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 30. Juni 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 26

## Unser Lohn- und Tarifikampf im Jahre 1931

I.

Wer die Geschichte der Gewerkschaften während der Weltwirtschaftskrise schreiben wird, der muß die riesigen Anstrengungen feststellen, die im Interesse der Arbeiterschaft der Unternehmerreaktion entgegengestellt wurden. Das vergangene Jahr war bestimmt nicht dazu angetan, um einen weiteren Vorstoß zur Bessergestaltung der Lebenshaltung für die Arbeiterschaft zu unternehmen. Um so unerhörter gestalteten sich die Angriffe aus dem Unternehmerlager gegen die Gewerkschaften und ihre in den Tarifverträgen vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Das ganze Jahr hindurch stand auch unsere Organisation im Abwehrkampf. Das Unternehmertum kann bestimmt nicht große Erfolge seiner Bemühungen buchen. Es wird eingesehen haben, daß unsere solidarische Kraft noch lange nicht gebrochen ist. Dem Verband war es sogar möglich, 17 Streiks mit 1251 beteiligten Personen durchzuführen. Darunter waren 13 Abwehrstreiks mit 956 beteiligten Personen. Und das Ergebnis? Mit vollem Ergebnis konnten zwei Streiks und mit teilweise 12 Streiks beendet werden. Nur drei Arbeits-einstellungen mußten erfolglos abgebrochen werden. An den Streiks waren sämtliche Industriegruppen beteiligt.

Viel zahlreicher waren die Fälle, in denen ohne Arbeitseinstellung der Kampf zum Abschluß gekommen ist. In 1036 Fällen, die sich auf 4034 Orte mit 79 587 Betrieben und 353 489 beschäftigten Personen erstreckten, mußten Abwehrbewegungen durchgeführt werden. Insgesamt verzeichnen wir 1067 Bewegungen mit 355 095 beteiligten Personen. Noch in keinem Jahr: seit Bestehen der Einheitsorganisation hatten wir diese große Zahl an Bewegungen zu verzeichnen. Der weitaus größte Teil aller Bewegungen wurde durch Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien erledigt, und zwar in 616 Fällen mit 120 383 beteiligten Personen. Vor den Schlichtungsinstanzen mußten

200 Fälle zum Austrag gebracht werden, und im Verbindlichkeitsverfahren fanden 51 Bewegungen ihren Abschluß. Von den Streiks wurden 10 Fälle durch Verhandlungen zwischen den Parteien, in zwei Fällen vor den vereinbarten Schlichtungsinstanzen durch Schiedsspruch und in drei Fällen durch behördliche Schlichtungsinstanzen durch Schiedsspruch und in zwei Fällen im Verbindlichkeitsverfahren erledigt. Allgemein verbindlich erklärt wurden Manteltarifverträge für 9030 Be-

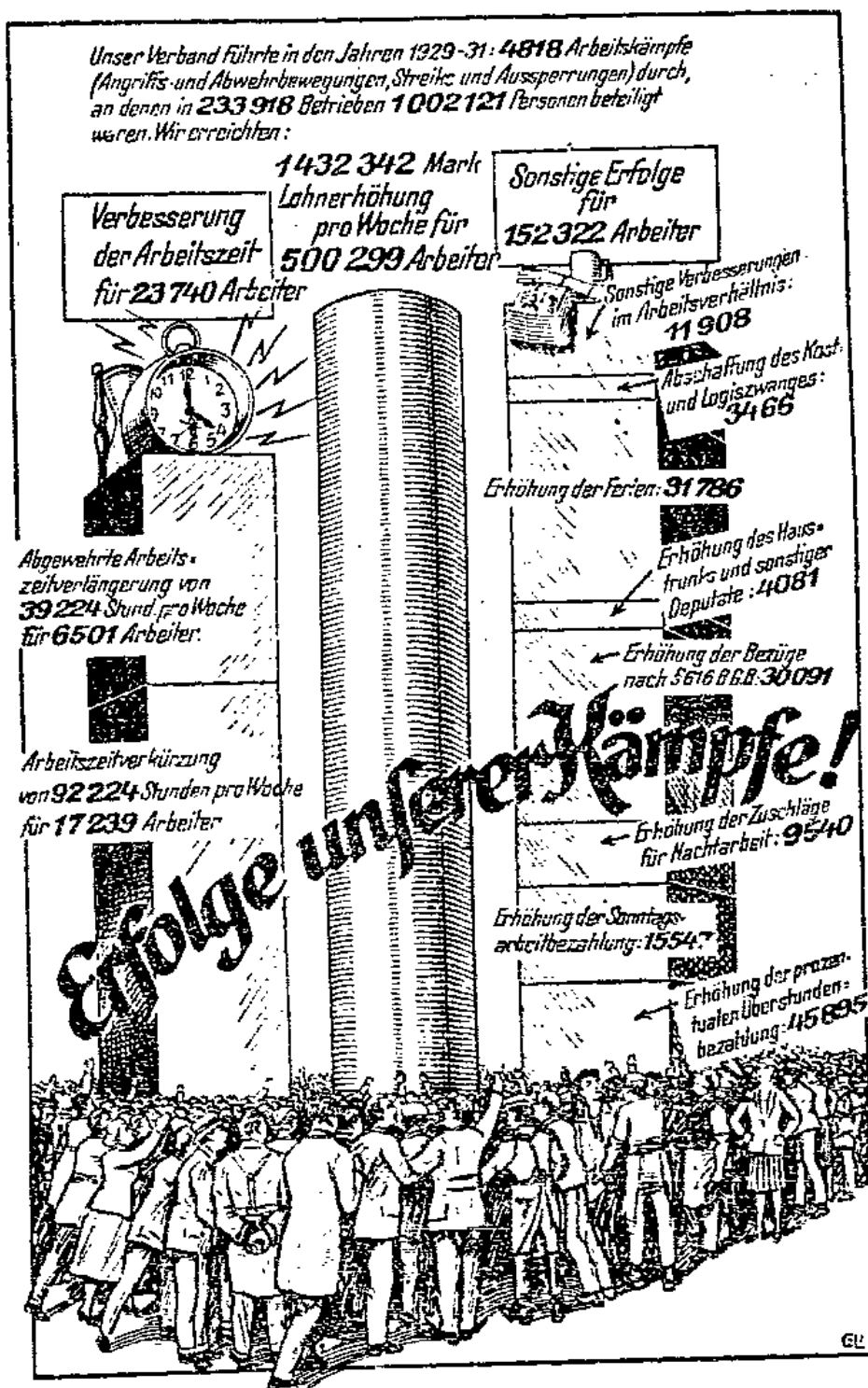
zahlung von Sonntagsarbeit für 5133 Personen, Bezahlung für Nachtarbeit für 2000 Personen, Verschlechterungen der Tarifbestimmungen über Lohnbezahlung in Krankheitsfällen für 59 530 Personen, Verschlechterungen der Ferien für 56 728 Personen und sonstige Verschlechterungen der Vertragsbestimmungen für 50 756 Personen.

Bei den Arbeitern ist eine durchschnittliche Lohnreduzierung von 2,85 Mk. und bei den Arbeiterinnen von 1,92 Mk. pro Woche erfolgt. Stellen wir die Lohnsenkungen, die wir bei unseren Abwehrbewegungen durch freie Vereinbarungen oder die Eingriffe der Schlichtungsbehörden in Kauf nehmen mußten, in Vergleich zu den diktatorischen Eingriffen der Regierung, so kann auch wiederum festgestellt werden, daß es die Unternehmer niemals fertig gebracht haben würden, aus eigener Kraft unsere tariflichen Lohnabmachungen so weit zurückzudrängen, wie es ihnen mit Hilfe der Regierung gelungen ist.

Bekanntlich wurde im Braugewerbe durch den bedeutenden Rückgang des Bierabsatzes auf eine tarifliche Verkürzung der Arbeitszeit hingewirkt. Dadurch verhinderten wir weitere Entlassungen aus den Betrieben und sicherten vielen Tausenden unserer Mitglieder die Weiterarbeit. Vereinbarungen über die Fünftagewoche in den Brauereien wurden in 62 Fällen für 559 Betriebe mit 30 642 beschäftigten Personen getroffen. Davon wurden mit Lohnausgleich erledigt 40 Fälle für 448 Betriebe mit 22 067 Personen und in 22 Fällen wurden für 111 Betriebe mit 8575 beschäftigten Personen die Kurzarbeit ohne Lohnausgleich vereinbart.

Außer den hier angeführten Erfolgen bei unseren Abwehrbewegungen konnten immerhin noch für eine Anzahl der beschäftigten Personen sonstige Verbesserungen erreicht werden. Erhöhungen erfolgten für Ueberstundenbezahlung an 4275 Personen, für Sonntagsarbeitsbezahlung an 1127 Personen, für Nachtarbeitszulage an 293 Personen, für Lohnbezahlung bei Krankheit an 3921 Personen, für Ferien an 3825 Personen, der Haustrunk und sonstige Deputate wurden bei 410 Personen erhöht. Der Kost- und Logiszwang wurde für 1700 Personen durch Tarifverträge beseitigt. Sonstige Verbesserungen im Arbeitsverhältnis erfolgten für 1251 Personen.

Dieser Ausschnitt aus unseren Verbandsarbeiten bei den wirtschaftlichen Kämpfen beweist uns mit aller Deutlichkeit den überaus großen Wert der gewerkschaftlichen Organisation in der Krisenzeit. Würde unser Verband nicht die hohe Zahl opferfreudiger Mitglieder aufweisen, es würde heute allen im Vertragsverhältnis stehenden Berufsangehörigen noch weit schlechter gehen. Aber noch viel mehr würde geleistet sein können, wenn endlich die Einsicht bei allen werktätigen Menschen Platz greifen würde, daß sie in dieser furchtbaren Krisenzeit sich um das Banner ihrer freien Gewerkschaften scharen müssen.



triebe mit 89 254 Beschäftigten, Lohnstarife für 17 265 Betriebe mit 30 644 Beschäftigten. Eine lebhaftige Tätigkeit ist in allen Industriegruppen festzustellen, wie aus nebenstehender Tabelle hervorgeht.

Das materielle Ergebnis aller Lohn- und Tarifbewegungen beweist uns erst die große Macht, die heute noch in unserer Organisation aufzuweisen ist. Selbst in dieser schweren Zeit ist es gelungen, für 3511 Personen eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit um 17 029 Stunden durchzusetzen.

Bei 14 Angriffsbewegungen mit 1022 Personen wurden 6 Tarifabschlüsse sowie eine Lohnerhöhung von insgesamt 907 Mark pro Woche erzielt. Weit stärker wirken sich jedoch die Erfolge bei unseren Abwehrbewegungen aus. Es konnten zurückgewiesen werden für insgesamt 172 933 Personen eine wöchentliche Lohnkürzung um 201 453 Mark, eine Arbeitszeitverlängerung für 5509 Personen von insgesamt 33 054 Stunden pro Woche. Eine Verschlechterung der Ueberstundenbezahlung wurde für 5597 Personen, die Verschlechterung der

Industriegruppe	Bewegungen	für Betrieb	Es fanden statt			
			mit beschäftigten Personen		mit beteiligten Personen	
			männl.	weibl.	männl.	weibl.
Brauereien . .	116	1 711	46 605	2 525	46 063	2 464
Malzfabriken . .	28	171	2 782	86	2 753	86
Bierniederlag.	15	342	1 015	51	968	51
Brennereien . .	61	376	4 624	819	4 475	776
Mineralwasser-u. sonstige Betriebe	62	289	4 852	1 672	4 734	1 638
Mühlen . . . .	128	1 041	17 326	1 427	17 170	1 386
Bäckereien u. Brotfabriken.	284	40 749	60 283	3 698	56 611	3 474
Konditoreien und Cafés . .	24	2 638	3 318	1 801	3 292	1 755
Süßwaren- und Nahrungsmittelbetriebe . . .	17	6 102	33 477	122 236	33 325	132 139
Fleischereien .	121	23 221	25 330	1 510	22 899	2 178
Fleischwarenindustrie . . .	62	306	8 509	1 424	8 388	1 330
Schlachthöfe .	9	737	2 463	16	2 385	—
Häute-, Fett- und Darmverwertungsbetr.	10	97	693	1 073	688	1 073
Fischindustrie	10	127	764	3 102	735	3 102
Faßfabriken u. Böttchereien	38	308	2 030	17	1 931	4
Weinbetriebe .	38	1 358	4 771	582	4 561	570
Gemischtwirtschaftliche Betriebe . . .	13	52	396	113	384	101
<b>Zusammen</b>	<b>1 036</b>	<b>79 625</b>	<b>219 238</b>	<b>142 152</b>	<b>211 362</b>	<b>142 127</b>



## Die Gewerkschaften fordern

**Umbau der Wirtschaft**

Nachdem die Gewerkschaften zur Milderung der Wirtschaftskrise und zur Entlastung des Arbeitsmarktes die Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch den Staat erhoben haben, fügen sie jetzt dieser Gegenwartsforderung ihre programmatischen Forderungen für die Wirtschaftspolitik der Zukunft hinzu. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben gemeinsam mit einer Anzahl Wissenschaftler zur Verhütung solcher Katastrophen, wie sie die jetzige Wirtschaftskrise darstellt, die nachfolgenden Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft aufgestellt:

Die ungeheure Krise macht es zur zwingenden Aufgabe unserer Zeit, mit dem Kampfe um die Ueberwindung der herrschenden Krisennot planvolle Maßnahmen gegen die Wiederkehr gleichartiger Katastrophen einzuleiten. Der Umbau der jetzigen planlosen Wirtschaft in eine planvolle Gemeinwirtschaft ist unerlässlich.

In der anzustrebenden planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft muß die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben. Aus dieser Zielsetzung ergeben sich folgende Richtlinien für eine den wahren Interessen des Allgemeinwohls dienende Wirtschaftspolitik:

**I. Konjunkturpolitik und Massenkaufkraft.**

Die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft erfordert die Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf.

1. Zur Verhütung der Krisen und zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts ist entsprechend der wachsenden Produktivität der menschlichen Arbeit eine systematische Stärkung der Massenkaufkraft und die Regelung der Kapitalbildung sowie der Kapitalverwendung notwendig.
2. Mit der steigenden Produktivität der Arbeit ist die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Vierzigstundenwoche ist sofort gesetzlich durchzuführen, sie muß zur Zeit als das Höchstmaß der zulässigen Arbeitszeit gelten.
3. Zur Milderung der Konjunkturschwankungen müssen Reich, Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften ausreichende finanzielle Mittel für Arbeiten und Aufträge in der Krisenzeit bereithalten. Die Träger der Sozialversicherung müssen während der guten Konjunktur Reserven bilden, deren Einsatz in der Krise dem Absinken der Massenkaufkraft entgegenwirkt.

**II. Industrie und Handel.**

Der demokratische Staat muß entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Industrie und des Handels ausüben, um sie zum Wohl der Allgemeinheit zu lenken.

1. Die Schlüsselindustrien sind der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen und in Gemeinbesitz zu überführen. Die Bodenschätze und die lebenswichtigen Rohstoffindustrien, ferner die gesamte Energiewirtschaft sowie der gesamte Verkehrsapparat, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, müssen von der Gesellschaft zum Nutzen der Allgemeinheit planmäßig bewirtschaftet werden.
2. In erster Linie sind zu verstaatlichen: der gesamte Bergbau einschließlich der Nebenbetriebe, die Eisenindustrie einschließlich der Schrottwirtschaft und die Metallgewinnung, die Großchemie, insbesondere die Herstellung von künstlichen Düngemitteln, die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie, insbesondere die Zementindustrie.
3. Die Energie- und Verkehrswirtschaft ist in ihrer Gesamtheit in den Besitz der öffentlichen Hand zu überführen mit dem Ziel der Verbesserung und Verbilligung ihrer Leistungen.
4. Alle Kartelle und ähnlichen Zusammenschlüsse von Unternehmungen sowie monopolartige Konzerne und Einzelunternehmungen sind durch ein staatliches Kartell- und Monopolamt zu überwachen. Das Kartell- und Monopolamt hat die Anlage-, Produktions- und Absatzpolitik sowie die Festsetzung der Preise ständig zu prüfen und im Interesse der Allgemeinheit zu beeinflussen.
5. Um die planmäßige Verbindung zwischen Massenbedarf und Produktion herzustellen und die Verteilungskosten zu verringern, ist der Zusammenschluß der Verbraucher in Konsumgenossenschaften zu fördern.

**III. Kredit- und Bankwesen.**

Das private Bankwesen ist durch ein staatlich beherrschtes Bankensystem mit der Aufgabe planmäßiger Kredit- und Kapitalverteilung zu ersetzen.

1. Die Banken und sonstigen Kreditinstitute sowie die Versicherungsgesellschaften, ins-

besondere die Lebensversicherungen als Sammelbecken des Sparkapitals sind zu verstaatlichen.

Als Uebergangsmaßnahme ist der kapitalmäßige Einfluß des Staates auf die Banken auszubauen. Alle Kapitalbeteiligungen öffentlicher Stellen bei Banken sind zur durchgreifenden Sicherung ihres Einflusses auf die Geschäftsführung zu benutzen.

2. Bereits in der Uebergangszeit müssen die Kredite planmäßig verteilt und in der Richtung der planmäßigen volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung gelenkt werden. Diese Aufgabe hat ein zentrales Bankenamt zu erfüllen, das die Bewegung der Kredite durchleuchtet, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufstellt und die Durchführung dieser Richtlinien überwacht.
3. Das Bankenamt muß mit der Reichsbank, als der Hüterin des Geldwesens, eng zusammenarbeiten. Die Reichsbank ist von dem überwiegenden Einfluß der privaten Bank- und Industriekreise zu befreien. In ihrem Generalrat müssen neben dem Staat und der öffentlichen Wirtschaft alle wichtigen Wirtschaftsverbände, vor allem die Gewerkschaften und Verbraucher, vertreten sein.

**IV. Agrarpolitik.**

Die Arbeiterklasse erstrebt einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land.

1. Jedem werktätigen Landwirt gebührt ein angemessenes Einkommen für seine aufgewandte Arbeit. Der landwirtschaftliche Arbeitsertrag ist abhängig von der Erhaltung und Erhöhung der Massenkaufkraft. Daher müssen alle

Maßnahmen der Preisbeeinflussung, insbesondere alle Schutzmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz, auf die Kaufkraft der städtischen Verbraucher Rücksicht nehmen.

2. Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermäßige Schwankungen der Erlöse ist der Markt durch staatliche Handelsmonopole sowie planmäßige Beeinflussung des Umfangs und der Richtung der Produktion zu regulieren. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist durch staatliche Maßnahmen und durch direkte Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften mit den städtischen Verbraucher-genossenschaften zu verringern.
3. Um die Lage der Kleinbauern zu verbessern muß der Staat das Fachwissen fördern, die Feldbereinigung beschleunigen und die Bildung von Produktivgenossenschaften unterstützen.
4. Der nicht mehr lebensfähige Großgrundbesitz ist in Bauernland oder in genossenschaftliche Großbetriebe umzuwandeln. Die Siedlungsstellen müssen ausreichende Lebensmöglichkeiten gewähren. Bei der Auswahl der Siedler sind in erster Linie Landarbeiter zu berücksichtigen. Jede Subventionierung des Großgrundbesitzes ist einzustellen. Das Großgrundbesitz ist in Gemeinbesitz zu überführen.

**V. Außenhandelspolitik.**

Die Außenhandelspolitik, die gegenwärtig von privaten Industriellen und agrarischen Interessen beherrscht wird, ist in den Dienst der Lenkung der Volkswirtschaft zu stellen. Sie hat die Einordnung der deutschen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung zu fördern und der Gefahr ihrer Abschnürung vom Weltmarkt vorzubeugen.

1. Die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands muß auf den Abbau der Handelshemmnisse gerichtet sein.

**Kämpfer u. Kämpferinnen der Eisernen Front**

Ihr habt seit Jahrzehnten den Kampf für die Einheit und Freiheit Deutschlands geführt. In Euren Herzen lebte selbst noch in den letzten Jahren der Entbehrung und Bitterkeit die Hoffnung auf den sozialen Volksstaat, auf ein neues Deutschland. Ihr habt seine Grundlagen geschaffen. Ihr wolltet es ausbauen zu einer Heimat für alle Deutschen.

Statt dessen kam die Not. In allen Ländern der Welt stieg die Flut der Arbeitslosigkeit.

**In Deutschland feiern Millionen und aber Millionen Hände. Ihr Schicksal ist Armut und Hunger.**

Die letzte Notverordnung der getarnten Hitler-Regierung überantwortete die Arbeitslosen der Armenpflege. Selbst den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wurde die kümmerliche Rente gekürzt.

Die letzten Wochen zeigten Euch, was das „Dritte Reich“ bringen wird. Wer nichts besitzt, ist vogelfrei. Wer wenig hat, dem soll auch das Wenige genommen werden. Wer viel hat, dem hilft der Staat. Zugleich mit den neuen Uniformen für die SA. sind den Arbeitern, Angestellten und Beamten neue Notverordnungsjacken verpaßt worden. Das schaffende Volk in Stadt und Land trägt die graue Uniform des Elends.

**Der Preis, den das neue Kabinett für die Tolerierung an Hitler zu zahlen hatte, war die Auflösung des Reichstages, die Aufhebung des eben erlassenen Verbotes der Hitlerschen Privatarmee und die Auslieferung Preußens an die Nationalsozialisten.**

Die braune Garde Hitlers marschiert wieder und durchbricht alle Schranken der Ordnung. Ermutigt durch die Reichsregierung und auf deren Versprechungen pochend ist die SA. zum offenen Kampfe gegen einzelne Landesregierungen angetreten, um sie unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen. So kündigt sich das „Dritte Reich“ an, in dem die Todfeinde des werktätigen Volkes nach ihrer Willkür herrschen wollen, das Deutschland, in dem es zweierlei Recht und zwei Nationen gibt: die Nation der Bevorrechteten und die Nation der Hungerlöhner und Almosenempfänger.

**Für die arbeitende Masse die Hungerpeitsche!**

**Für die großen Kapitalisten in Stadt und Land die „Wohlfahrtsunterstützung“ der Subventionen!**

**Für die Schergen des Kapitals neue Uniformen!**

Darin erschöpft sich die Kunst der neuen Regierung, die sich berufen fühlt, Deutschland wirtschaftlich und moralisch wieder aufzurichten.

Die Regierung, die heute das Steuer des Reiches in Händen hält, mißachtet den Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes, die am 13. März und 10. April für Hindenburg stimmte, um Demokratie und Republik zu retten. Sie stützt sich auf die Kräfte, die die Gewalt auf ihre Fahnen geschrieben haben und tagtäglich mit kaum zu überbietender Brutalität den Bürgerkrieg schüren.

**Wo Gewalt vor Recht geht, gibt es keine Freiheit und keine Sicherheit.**

Der Sieg der Gegenrevolution würde Euch wehrlos denen preisgeben, die aus dem Kriege nichts gelernt haben, als auf Volksgenossen zu schießen.

**Männer und Frauen der Eisernen Front! Dahin darf es nicht kommen.**

Deutschland darf nicht der Diktatur einer politisch unfähigen Clique ausgeliefert werden. Es muß verhindert werden, daß sich die SA. zum Herrn der Straße macht und den letzten Rest staatsbürgerlicher Freiheit zertrampelt. Der Kampf gegen diese Feinde des Volksstaates und ihre Bürgerkriegsgarden ist Eure geschichtliche Aufgabe. Es ist ein Kampf um Eure Freiheit.

**Der 31. Juli ist ein Schicksalstag im Freiheitskampfe des deutschen Volkes.**

Männer und Frauen des schaffenden Volkes! Setzt Euch zur Wehr gegen die Verknechtung, kämpft gegen die vereinten Kräfte der Reaktion!

**Schart Euch um das Freiheitsbanner der Eisernen Front!**

Schmücket Euch mit den Symbolen des Kampfes! Tragt die drei Pfeile durch die Straßen, in die Betriebe, auf das Land hinaus! Millionenfach brause Euer Freiheitsruf durch Stadt und Land, die Freunde weckend, die Feinde schreckend!

**Ihr werdet siegen, wenn ihr einig seid!**

**Reichskampfleitung der Eisernen Front**



2. Deutschland muß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Wiederherstellung des internationalen Währungs- und Kreditzusammenhangs fördern.
3. Besonders muß der enge Zusammenschluß der europäischen Wirtschaftskräfte angestrebt werden.
1. Mit dem Ausbau der Planwirtschaft wird an die Stelle der heutigen privaten Außenhandelsbeziehungen der staatlich organisierte internationale Güteraustausch auf der Grundlage eines Außenhandelsmonopols treten.

**VI. Aufbau der Planwirtschaft.**

Schon im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems müssen die Ansätze zur Planwirtschaft zusammengefaßt werden. Im besonderen muß die einheitliche Führung der Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand sichergestellt werden.

1. Mit dem Aufbau der Planwirtschaft und deren Leitung ist eine zentrale Planstelle zu betrauen. Sie hat in engster Zusammenarbeit mit dem Bankenamt, dem Kartell- und Monopolamt, den Organen des Handelsmonopols und der Verwaltung der öffentlichen Wirtschaft ständig die Tätigkeit der einzelnen Zweige der Wirtschaft zu beobachten und auf ihre planmäßige Entwicklung hinzuwirken.
2. Entsprechend der fortschreitenden Verstaatlichung der Banken und der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft hat die Planstelle in Verbindung mit dem Bankenamt volkswirtschaftliche Kreditverteilungspläne aufzustellen. Mit den Organen des Außenhandelsmonopols muß sie die Richtlinien für den Außenhandel festlegen.
3. Der Ausbau der Planwirtschaft muß Hand in Hand gehen mit der Demokratisierung der Wirtschaft. An allen öffentlichen Einrichtungen, die der Förderung oder Ueberwachung der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete dienen, sind gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

Berlin, 21. Juni 1932.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund  
Allgemeiner freier Angestelltenbund**

**Wochenschau**

**Vor einer Erhöhung der Markenartikelpreise.** Die Reichsregierung hat nicht die Absicht, die verordnete Senkung der Markenartikelpreise über den Juli hinaus zu verlängern. Es ist demzufolge damit zu rechnen, daß die Markenartikel wieder teurer werden.

**Nazi-Abgeordnete fliegen.** Anlässlich schwerer Tumultszenen im Bayrischen Landtag, wo die Nazi-Abgeordneten mit Notverordnungsjacken erschienen, wurde die gesamte Nazi-Fraktion auf 20 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen.

**Keine Nazimehrheit in Hessen.** Bei den Landtagswahlen am 19. Juni erreichten die Nazis die Mehrheit nicht. Die SPD. konnte 2 Mandate gewinnen, die Kommunisten verloren drei. Vollständig aufgegeben wurde die bürgerliche Mitte, die unter der Bezeichnung „nationale Einheitsliste“ firmierte.

**Die geplante „Partei der Mitte“.** Die beabsichtigte Neugründung einer „Partei der Mitte“, der Staatspartei, Wirtschaftspartei, Volkspartei u. a. angehören sollten, ist gescheitert.

**Reichsflaggen in Lausanne unbeliebt.** Entgegen der bisherigen Uebung zeigten die Hotels in Lausanne, wo die deutsche Delegation wohnte, die Reichsflagge nicht. Erst nachdem deutsche Journalisten dagegen protestierten, wurde sie aufgehoben. Der Reichspresseschef von Kaufmann-Agger erklärte, er hätte das Fehlen der Reichsflagge nicht bemerkt.

**Dänische Hilfe für die Arbeitslosen.** Im Dänischen Reichstag wurde beschlossen, den Arbeitslosen als außerordentliche Staatshilfe den Betrag von 20 Millionen Kronen zur Verfügung zu stellen.

**Wie zu Wilhelms Zeiten.** Reichskanzler von Papen sprach am 18. Juni im Radio von Lausanne und sagte: „Die von mir geleitete Reichsregierung wird nur das deutsche Volk sehen, nicht aber Parteien und Klassen — — —.“ Die Regierungserklärung und 5. Notverordnung beweisen das Gegenteil.

**Arbeitslosigkeit in USA.** Der amerikanische Gewerkschaftsbund kommt bei seiner neuesten Berechnung der Arbeitslosigkeit in USA. auf die Summe von 11 Millionen.

**Spanien greift durch!** Die spanische republikanische Regierung hat das Vermögen des Exkönigs Alfons in Höhe von 7,5 Mill. Peseten beschlagnahmt. Es soll für soziale, kulturelle und wohltätige Zwecke Verwendung finden.

**Diskussionsverbot bei den Nazis.** Der Reichspropagandaleiter der Nazis, Goebbels, gab ein Geheimzirkular an seine ihm untergeordneten Dienst-

stellen heraus, in dem es hieß: „Jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteistellen in diesem Wahlkampf zu unterbleiben!“ Ein weiterer Beitrag zur Tolerierung der Junker- und Baronieregierung durch die Nazis.

**Nazis gegen Fürstenenteignung.** Im Preußischen Landtag brachte die Fraktion der SPD. den Antrag ein, der Rechtsausschuß des Landtages möge die jetzigen Liegenschaften, Vermögensverhältnisse und den Güterbesitz der Hohenzollern nachprüfen und ihnen abnehmen, was abgenommen werden kann. Gegen diesen Antrag stimmten die Nazis geschlossen!

**Hitler nimmt an Fürstenhochzeit teil.** Die bestens informierte englische Zeitung „Daily Mail“ bringt die bisher nicht dementierte Meldung, daß Hitler an der Hochzeit des schwedischen Kronprinzen mit der Prinzessin Sibylle von Sachsen-Coburg-Gotha teilnimmt. Zur Hochzeitsfeierlichkeit haben alle ehemals regierenden Fürstenhäuser ihre Teilnahme bereits zugesagt.



**Jahre Treue zum Verband**



**Heinrich Burmester**  
Böttcher, Hamburg  
Eingetreten 20. 11. 1887

**Gustav Ernst**  
Böttcher, Düsseldorf  
Eingetreten 13. 2. 1889

**August Geier**  
Böttcher, Wittenberg  
Eingetr. 1. 2. 1890, jetzt Invalide



**Rudolf Ulrich**  
Böttcher, Leipzig  
Eingetreten 24. 6. 1891

**Fritz Plön**  
Bäcker, Kiel  
Eingetreten 1. 2. 1891

**Theodor Banzer**  
Böttcher, München  
Eingetreten 17. 4. 1892

**Protest gegen die Notverordnung**

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stellen einmütig fest, daß die in der Notverordnung enthaltenen Abbaumaßnahmen und Neubelastungen die schlimmsten Befürchtungen, die die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft auf Grund der programmatischen Erklärung der Reichsregierung hegen mußte, weit übertreffen. Damit hat sie den Kampf aufgenommen gegen die sozialen Einrichtungen des Staates, den sie als „soziale Wohlfahrtsanstalt“ bezeichnet hat. Dieser Angriff muß von den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten als eine Herausforderung empfunden und mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Die unter größten Opfern von den Arbeitnehmern aufgebauten sozialen Versicherungseinrichtungen sind in ihren Grundlagen bedroht. Die Arbeitslosenversicherung ist praktisch beseitigt. Die Arbeitslosen werden rücksichtslos der „Armenpflege“ überlassen. Die steuerlichen Neubelastungen sind vornehmlich den leistungsschwachen Schichten auferlegt.

Kein Arbeitsbeschaffungsplan, auch sonst kein aufbauender, in die Zukunft weisender Gedanke, der eine Besserung der furchtbaren Wirtschaftslage und ein Ende der immer fortschreitenden Verelendung des Volkes erhoffen läßt, ist zu erkennen.

Die Gewerkschaften wissen, daß die Not der Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geist wahrer

Volks Gemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten. Ein Staat, der sich in erster Linie zum Schutz des Besitzes bereifindet, verkennt seine vornehmste nationale Aufgabe.

Die Gewerkschaften appellieren an alle Kräfte in Staat und Volk, denen die Einheit des Volkes und das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, sich mit ihnen in der Bekämpfung dieser sozialen Unrechte zu vereinen. Sie sind entschlossen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den breiten Massen des Volkes wieder den Lebensraum zu verschaffen, der die unerläßliche Voraussetzung für die Gesundung von Wirtschaft und Staat ist.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.
- Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände.
- Allgemeiner freier Angestelltenbund.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
- Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.

**Im Zeichen der drei Pfeile**

Für Freiheit gegen Feudalherrschaft.

Durch die arbeitende Bevölkerung geht eine ungeheure Bewegung, die in dem Willen gipfelt, die von der Adelsregierung mit Unterstützung der Nazis geplante Entrechtung der Arbeiterschaft im schärfsten Kampf abzuwehren. Das Symbol dieses Kampfes um die Freiheit der Arbeiterklasse sind drei Pfeile.



Sie bedeuten Aktivität, Disziplin und Einigkeit. Diese den Arbeitern innewohnenden Eigenschaften haben es vor dem Kriege vermocht, alle Widersacher der Arbeiter zu überwinden. Sie haben nach dem Kriege infolge der Zersplitterung der Arbeiterschaft, die von links und rechts systematisch betrieben wurde, nur ein Schattendasein geführt. Jetzt aber, da es gilt, die Arbeiterrechte gegen die Uebergriffe der Junkerkaste zu verteidigen und die Arbeiterschaft sich zur Wehr setzt um zu verhindern, daß sie mit Methoden aus dem 18. Jahrhundert drangsaliert wird, muß die Aktivität, die Disziplin und der Wille zur Einigkeit in der Arbeiterschaft wieder zur machtvollen Entfaltung kommen. Das Symbol dieses Geistes, die drei Pfeile, werden den kampftüchtigen Arbeiterbataillonen voranleuchten und sie zum Siege führen.

In Hessen ist während des Wahlkampfes dieses Symbol mit großer Begeisterung in alle Städte und Dörfer getragen worden. Der Erfolg blieb nicht aus. Trotz der geringeren Wahlbeteiligung haben sich um dieses Freiheitszeichen 5000 Stimmen mehr geschart, als zur Wahl im November 1931. Die Kommunisten hingegen, die trotz ihres Einheitsfrontgeschreies die wirkliche Einheit der Arbeiter hintertreiben, haben 24 000 und die Spalterpartei die Hälfte ihrer Stimmen eingebüßt. Teilweise sind die ehemals kommunistischen Wähler, denen stets eingeredet wurde, die SPD. sei ihr Hauptfeind, zu den Nationalsozialisten übergelaufen.

Hier beginnt das Aufgabengebiet der Hammerschaften, die in den kommenden Kämpfen stets im vordersten Treffen stehen werden. Sie müssen diese ehemals kommunistischen Wähler sowie die von den Nazis irreführenden Proletarier davon überzeugen, daß der Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus zielbewußt nur von den freien Gewerkschaften und der SPD. geführt wird. Auch die KPD.- und die SAP.-Arbeiter sind aufzufordern, sich der Freiheitsbewegung anzuschließen. Die Zeit für die zu leistende Aufklärung ist günstig, deshalb darf keine Stunde verstreichen, in der nicht gewirkt wird im Sinne des Freiheitskampfes. Wirksam unterstützt wird die Propaganda durch das Tragen der drei Freiheitspfeile. Niemand darf es unterlassen, nach außen hin zu dokumentieren, daß ihm der Freiheitskampf heiliger Ernst ist.

**Sozialreaktion gegen die Gewerkschaften!**

Vor schweren Kämpfen mit dem Unternehmertum.

Als die Regierung der Junker- und Schlotbarone mit ihrer Regierungserklärung vor die Öffentlichkeit trat, ging ein Frohlocken durch die Reihen der Reaktion. Die Einstellung des Unternehmertums und der Scharfmacher erhält durch eine Aeußerung der „Bergwerks-Zeitung“ eine charakteristische Illustration. Hoffnungsschwanger, weil jetzt ein anderer politischer Kurs eingeschlagen wird, bringt sie das künftige „Programm“ unter dem Motto: Kampf den Gewerkschaften! Wohin die „Bergwerks-Zeitung“ steuert, bei der alle Scharfmacher geistige Anleihen aufnehmen, beweist folgende Stelle: „Mag



## Die Süßwarenindustrie in Großbritannien

Das Ergebnis der vierten amtlichen Zählung der Kakao- und Zuckerwarenindustrie vom Jahre 1930 liegt nunmehr vor. Es wurden erfaßt 367 Betriebe, von denen jeder mehr als 10 Personen beschäftigt. Es stehen aber noch die Ergebnisse einiger Betriebe aus, die im Jahre 1924 bei der vorletzten dritten Zählung weniger als 10 Personen beschäftigten, mit einer Gesamtbelegschaft von 2166 Arbeitern und Arbeiterinnen. In diesen Betrieben war die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten bei der Herstellung von Zuckerwaren tätig.

Bei einem Vergleich der dritten Zählung im Jahre 1924 ersehen wir folgendes: Der Gesamtwert der erzeugten Waren betrug im Jahre 1930 35,375 Millionen Pfund Sterling gegen 40 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1924. Der Wert zu wach s der Betriebsanlagen stieg um 15,794 Millionen Pfund Sterling. Auf eine beschäftigte Person entfielen im Durchschnitt 225 Pfund Sterling. Der verfügbare Maschinenpark wies 16906 PS durch eigene Kraftmaschinen und 6531 PS von der mit gelieferter Elektrizität auf.

Die Betriebsbelegschaft verzeichnet 16968 Arbeiter, 6280 Angestellte, davon waren unter 18 Jahre alt 1432 Arbeiter und 257 Angestellte. Die weibliche Arbeitskraft war mit 42538, davon 15119 unter 18 Jahren vertreten. Insgesamt waren bei der Produktion und dem Versand 59506 Arbeiter und Arbeiterinnen, davon 16551 Jugendliche unter 18 Jahren beschäftigt, gegenüber 67131, davon 21494 Jugendliche bei der dritten Zählung im Jahre 1924. Der Rückgang der Betriebsbelegschaft um etwa 11 Proz. betrifft besonders die jugendlichen Personen, wovon wiederum die männlichen Jugendlichen die größte Abnahme aufweisen.

Trotz der Abnahme der Gesamtzahl der Betriebsbelegschaften stieg die Gesamtmenge der hergestellten Kakaoerzeugnisse in der Periode von 1924 auf 1930 um 24 Proz. Kleiner ist die Zunahme bei der Fabrikation von Zuckerwaren gewesen. Dieses außerordentlich günstige Ergebnis der Produktionssteigerung ist vornehmlich auf die stärkere Verwendung von Maschinen zurückzuführen. Durch die seit mehreren Jahren um sich greifende Wirtschaftskrise zeigte sich auch in dieser Industrie eine stark sinkende Konjunktur, die wiederum durch den Rückgang des Warenabsatzes eine größere Belastung der Betriebsanlagen darstellt. Die Gesamtmenge der hergestellten Waren betrug bei der vierten Zählung 6,688 Millionen Cwts (je 50,8 Kilo), bei einem Gesamtwert von 33,761 Millionen Pfund Sterling, die dritte Zählung weist 6,102 Cwts mit einem Gesamtwert von 36,986 Millionen Pfund Sterling auf. Der Mengenwert ist nach der Goldparität angegeben.

Seit der vierten Zählung ist eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage in der Süßwarenindustrie Großbritanniens eingetreten, die auch durch die währungsrechtlichen Maßnahmen nicht verhindert werden konnte. Es würde für uns zweifellos von großem Interesse sein, wenn von der englischen Gewerkschaftsbewegung Aufzeichnungen über den Stand der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen bestehen würden.

die neue Regierung sich halten, mögen neue Regierungen kommen, mögen die Nationalsozialisten daran beteiligt sein oder nicht: Solange die gewerkschaftlichen Irrlehren nicht praktisch ausgeschaltet sind, kann die Wirtschaft nicht genesen. Die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften ist innerpolitisch das Problem der Probleme."

Unverhüllt wird zum Ausdruck gebracht, was der Arbeiterschaft die nächste Zeit bringt! Das Unternehmertum will den Kampf mit den Gewerkschaften. Unter „Irrlehren“ versteht es die Verankerung des Tarifvertragsgedankens in der Nachkriegszeit und der damit zusammenhängenden Arbeitszeit und Lohnregelung. Alle diese Errungenschaften sollen beseitigt werden. Es will in den Zustand der Lohnsklaverei aus der Zeit des Frühkapitalismus. Beseitigung der gewerkschaftlichen Errungenschaften aber würde den Zustand der brutalsten Barbarei bedeuten. Dahin steuert das Unternehmertum und darin sieht es das „Problem der Probleme“. Helferdienste dazu leisten ihm die Nazis. Das ist die große Chance der Unternehmer, sich auf eine Avantgarde verlassen zu können.

Noch ist die Freiheit das höchste Gut der Arbeiterschaft, Freiheit, die sich in ihren sozialen Verhältnissen ausdrückt. Freiheit, die es ihr ermöglicht, bei der Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ein gewichtiges Wort mitreden zu können. Weil aber dem Arbeiter diese Berechtigungen, teilzuhaben an der Gestaltung seiner Zeit, abgesprochen werden, deshalb ist es der Wille der Unternehmer, ihn zurückzustößen in die Verhältnisse finstersten Mittelalters! Die Gewerkschaften werden diesem Kampf zu begegnen wissen! Ein Unterliegen wird und darf es nicht geben! Um der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Freiheit willen müssen sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen um die Gewerkschaft sammeln! Es wird zum Sammeln geblasen, das Unternehmertum hat seine Stellungen bezogen und der Entscheidungskampf rückt von Tag zu Tag näher! Um der Freiheit willen!

## Hamburger Brauereien wollen auch abbauen

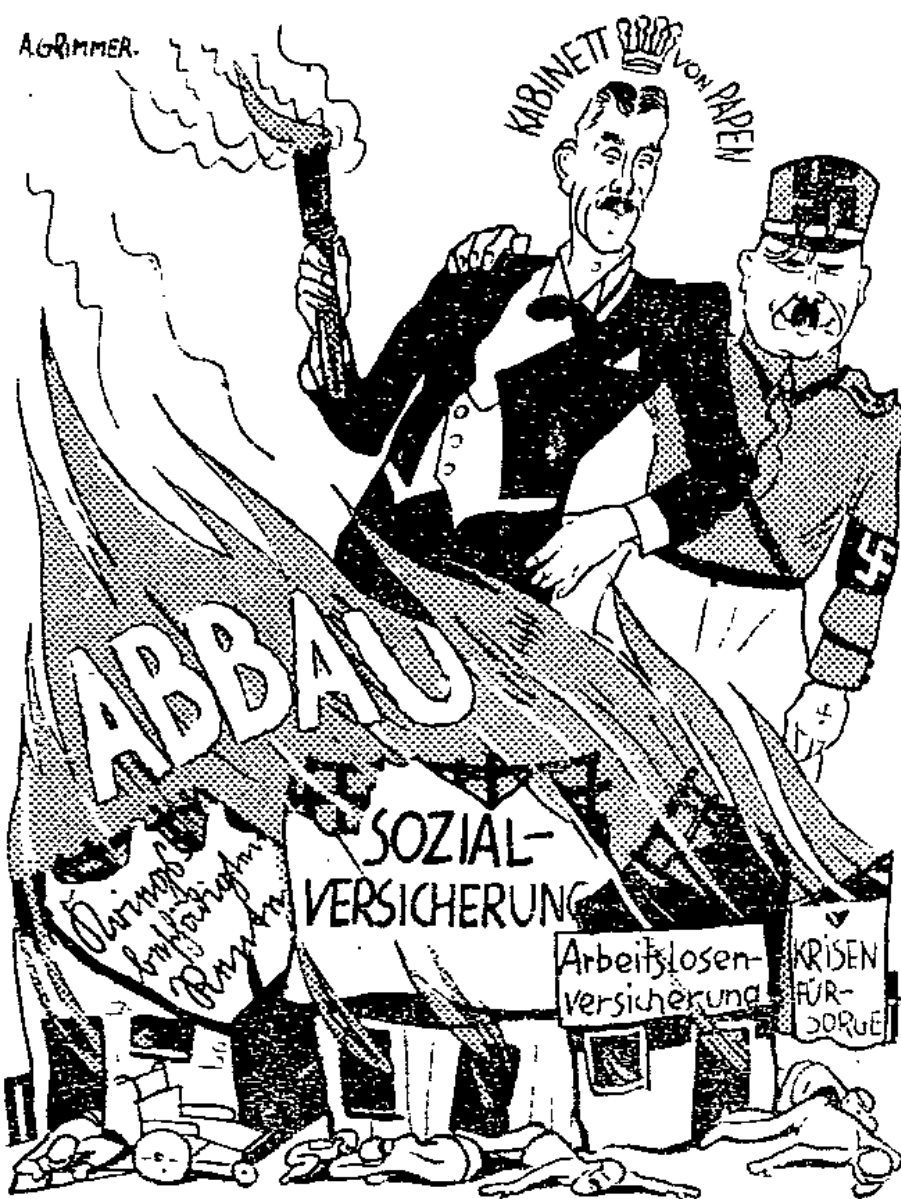
Auch die Brauereien in Hamburg haben den bestehenden Tarifvertrag gekündigt. Sie haben sich dieses Ruhmesblatt nicht erworben, sondern sie wollen ebenso wie alle anderen Brauereien die für sie in mancher Hinsicht günstige Zeit nutzen und Verschlechterungen durchführen. Die eingereichten Verschlechterungsanträge unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von den Aenderungen, die von den Brauereien in Berlin, in Rheinland-Westfalen und anderswo in Vorschlag gebracht wurden. Die Hamburger haben nämlich davon abgesehen, zu verlangen, daß die Wochenlöhne in Stundenlöhne umgewandelt werden. Sie haben auch nichts erwähnt von der Beseitigung der Bezahlung von Wochenfeiertagen. Sie haben offensichtlich eingesehen, daß derartige Forderungen absolut keine Aussicht haben, verwirklicht zu werden.

Nicht-destoweniger sind die Wünsche, die die Hamburger Brauereien vorbringen, alles andere als

bescheiden. Sie wollen die bisherige Regelung der Gelernten- und Ungelerntenarbeit verschlechtern und dazu noch eine verschlechterte Auslegung des ganzen Begriffes einfügen. Sie wollen weiter die Spesen für das Fahrpersonal streichen und solche nur noch gewähren bei Touren, die über das Groß-Hamburger Gebiet hinausgehen. Die Ueberstundenzuschläge an Wochentagen sollen von 25 auf 15 Proz., der Zuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit von 50 auf 25 Proz. herabgesetzt werden. Auch der Urlaub soll um 2 bis 4 Tage reduziert werden. Außerdem sollen Krankheitstage innerhalb des Urlaubs als Urlaub gerechnet werden und Strecktage als Urlaubstage gelten. Für Aushilfsarbeiter soll aber der bisher bestehende anteilige Urlaub überhaupt in Wegfall kommen. Auch die Auslegung des § 616 BGB. soll eine andere Fassung erhalten, derzufolge die Lohn-differenz bei Krankheit erst nach einer Beschäftigung von 6 Monaten und im Jahr nur einmal gezahlt wird.

Ueber die Neugestaltung des Tarifvertrages wird gegenwärtig verhandelt. Die Brauereien werden dabei zu der Einsicht kommen, daß ihre Forderungen

## Unter Hakenkreuz und Freiherrnkrone



Kampf den Aermsten!

für die Arbeiterschaft unannehmbar sind. Sollten sie dennoch darauf bestehen, die beantragten Verschlechterungen dem Tarifvertrag einzufügen, so werden sie sicherlich auf den einmütigen Widerstand der Hamburger Brauereiarbeiter stoßen.

## Deutschland erwacht

Ein Bericht über das „Dritte Reich“

Von Michel Schlag zu.

(Schluß.)

In der Nachbarzelle saß ein Blinder in starker Erregung. Er wartete keine Frage ab. „Ich bin blind, das weiß ich selbst. Am Douaumont hat das Giftgas meine Augen zerfressen. Ich habe ja in der Republik auch kaum was bekommen, aber es hat wenigstens vor dem Verhungern geschützt. Aber jetzt im Dritten Reich sind die Kriegerrenten alle gestrichen worden, das ist der Dank des Vaterlandes! Wenn Sie mich jetzt in die Gaskammer schicken wollen, so sagen Sie es gleich. Die Untersuchung ist ja doch eine Komödie.“ „Beruhigen Sie sich, guter Mann. Sie haben im Felde Heldenmut bewiesen, beweisen Sie ihn auch jetzt. Gehen Sie Ihren Weg tapfer zu Ende. Das Dritte Reich hat kein Geld für Blinde. Aber wenn Sie einen Revolver wünschen . . .“ „Her mit dem Schießes! Dann kann ich wenigstens noch einen von euch Hunden mitgehen lassen. Dazu wird's auch bei mir noch langen.“ „Wenn Sie so denken, dann kann ich Ihnen nicht helfen.“

Der Arzt warf einen Blick auf die Krankentafel. „Liebe Frau, Sie haben es auf der Lunge und dazu noch eine Unterleibserkrankung. Was sind Sie denn von Beruf?“ „Textilarbeiterin.“ „So, und fünf Kinder. Leben die noch alle?“ „Zwei sind gestorben.“ „Kein Wunder. Hätten sich eben besser ernähren sollen.“

„Ja, mit weiteren Kindern wird's doch nichts mehr werden. Lebt Ihr Mann noch?“ „Er ist verunglückt.“ „So, dann schreibe ich Ihnen für die Kinder einen Ueberweisungsschein ins Waisenhaus. Fassen Sie sich, gute Frau! Das Dritte Reich muß sparen.“

Der junge Bergarbeiter lehnte an der Wand.

„Kinder?“ „Zwei.“ „Hätten sich auch etwas mehr anstrengen dürfen.“ „Dann müßten Sie die Löhne erhöhen. Bei dem Lohnabbau im Dritten Reich . . .“ „Ach, lassen wir das. Wie alt ist Ihre Frau?“ „32.“ „Na, da ist sie ja noch jung, da findet sie schon noch wieder einen Mann. Fassen Sie sich, junger Mann.“

Der Kontrollarzt öffnete den Vorhang zur nächsten Zelle.

„Ich möchte nicht weiter zuhören, Herr Geheimrat!“ „Schwache Nerven?“ „Ich habe keinen Generaldirektor hier gesehen.“ „Mann, was erlauben Sie sich! Sie predigen Klassenhaß.“ „Und Sie führen als Arzt den Klassenkampf gegen die elendesten und ärmsten Männer und Frauen.“ „Ich lasse Sie abführen!“ Der SAF. trat dazwischen: „Herr Geheimrat, die Herren stehen unter besonderem Schutz. — Ich möchte Sie allerdings bitten, meine Herren, derartige Diskussionen zu unterlassen. Folgen Sie mir hinaus!“

## Deutschland erwacht.

Das Straßenbild hatte sich völlig verändert. „Ich glaube nicht, daß wir noch durchkommen“, meinte der Chauffeur, „es wird scharf geschossen.“ Toni wollte nicht warten. „Wir müssen, heute nacht läuft unser Passierschein ab.“ Der SAF. war außer sich: „Ich begreife nicht, war die SA. nicht auf dem Posten?“ „Man hat einen Fehler gemacht, man hat nur die zur Gaskammer Verurteilten scharf bewacht. Deren Angehörige sind in der ganzen Stadt herumgelaufen und haben gehetzt.“ „Aber wir werden doch wenigstens zum Bahnhof durchkommen?“ „Unmöglich, auf den Schienen steht eine Straßenbahn neben der andern.“ „Streikt die Bande? Wer streikt, wird erschossen!“ „Das Pack ist viel zu gerissen. Die streiken nicht, die üben passive Resistenz.“ „Passive Resistenz?“ „Ja, die Straßenbahner fahren so langsam, daß sie buchstäblich nicht weiterkommen. Auf den Zechen haben sie schon aus-

fahren lassen, weil die Wetterstation zu langsam arbeitet. Das Gaswerk kann plötzlich nicht genug Druck erzeugen. Es ist eine Schweinerei! Es ist auch ein Wasserrohr geplatzt, natürlich bei der Hauptpost und natürlich ganz zufällig; der ganze Platz steht unter Wasser. Und das Kraftwerk vom Hitlersender hat eine Störung, auch ganz zufällig.“

„Der Stab“, berichtete er dann, „teilt mit, daß im Augenblick nichts zu befürchten sei. Die Betriebe werden verschärft bewacht, es kommt keiner rein oder raus. Und mit dem übrigen Gesindel werden wir schon fertig werden.“

Durch die Straßen gellte das Megaphon: Straße frei! Von den Flitzern sprang die SA. herunter und schlug mit Gummiknüppeln und Stahlruten auf die Passanten ein. Die Hauptstraßen wurden gesäubert. Aber immer wieder brachen aus den Seitenstraßen die Arbeiter hervor, es kam zum Handgemenge. Die SA. schoß scharf.

Ein Motorradfahrer raste heran. „Meldung vom Stab; Sie müssen versuchen, den Nordbahnhof zu erreichen. Der Hauptbahnhof ist völlig verstopft.“ „Verdammt, überall passive Resistenz! Bei passiver Resistenz ist niemand zu fassen. Man sollte die ganze Bande abschießen wie tolle Hunde!“ „Das schlimmste ist“, warf der Motorradfahrer ein, „unsere SA. reicht nicht aus, die hat genug zu tun, die Betriebe in Schach zu halten, und die von auswärts kommt nicht heran. Die Chaussees sind wieder mal aufgerissen, richtige Barrikaden haben sie gebaut.“ „Und die Bauern stecken mit diesen Halunken sicher unter einer Decke.“ „Natürlich, die sind noch immer wütend darüber, daß wir ihnen das Vieh weggenommen und die Vorräte beschlagnahmt haben.“

Ein Flitzer hielt bei ihnen: „Bringt euch in Sicherheit! Auf Hütte Adolf hat die Belegschaft die SA. entwaffnet. Jetzt hat die Bande Waffen.“ Der Flitzer sauste fort.



## Macht der wirtschaftlichen Waffe

Wenn wir unsere Gegner an ihrer empfindlichsten Stelle treffen wollen, müssen wir die Macht der wirtschaftlichen Waffe anwenden. Wäre sich die gesamte Arbeiterschaft über die Wirkung dieser scharfen Waffe bewußt, wie vieles könnte besser um die Arbeiterbewegung bestellt sein. Genossenschaftlicher Zusammenschluß würde nicht nur die Konsumtion, sondern auch die Produktion im Sinne der Bedarfswirtschaft zum Wohle der Arbeiterschaft beeinflussen.

Die bereits vorhandenen Selbsthilfeorganisationen beweisen das deutlich. Die in neuester Zeit schwebenden Prozesse wegen erfolgter Zusammenbrüche bürgerlicher genossenschaftlicher Unternehmungen beweisen, daß ihre Leiter nur persönliche Interessen im Auge hatten, weil sie zu Allgemeininteressen nicht erzogen sind. Die Nazi-Partei, in der alle diese Egoisten vereinigt sind, hätte alle Ursache, vor ihrer eigenen Tür zu kehren, anstatt die Genossenschaftsbetriebe der Arbeiterschaft mit Dreck zu bewerfen.

Daß trotzdem die Arbeiterunternehmungen bzw. Genossenschaften von den privaten Unternehmern sehr gerne als Kunden beliefert, und umworben werden, beweist eben deren gesunde Verfassung. Ein Beispiel: An einem größeren Orte in Oberfranken versuchten die Gewerkschaften bei der Regelung der Bierpreisfrage durch das Mittel des Boykotts den Bierpreis unter den Satz der Steuerermäßigung herabzudrücken. Diese Aktion scheiterte an dem Standpunkt der Brauereien und Wirte, weil die große Masse versagte. Ein starker Arbeitergesangsverein mit eigenem Heim und Wirtschaftsbetrieb suchte einen Lieferanten, der billigeres Bier liefere, und fand auch einen solchen in einem kleinen Nachbarorte. Leider wurde unsere Bezirksleitung nicht verständigt. Der neue und billigere Bierlieferant beschäftigte keine organisierten Arbeiter. Dies führte zu Differenzen. Aber auf unser Drängen traten die Beschäftigten endlich dem Verbands bei, weil die Brauerei einen solchen guten Kunden nicht mehr verlieren wollte.

Solche Fälle gibt es auch in anderen Berufszweigen der Nahrungsmittelindustrie. Wiederum wird beleuchtet, warum sich die Angehörigen der Wirtschaftsparteien der Nazibewegung mit Haut und Haaren verschrieben haben, weil ihnen diese Partei versprochen hat, die gesamte Arbeiterbewegung zu zerschlagen, und sie nachher das wirtschaftliche Feld allein beherrschen könnten.

Daß es Arbeiter gibt, die einer solchen Partei nachlaufen, zeugt von dem geistigen Tiefstand derselben, der nur durch uns mit rastloser Aufklärungsarbeit beseitigt werden kann. Darum fort mit der Zersplitterung und Zerrissenheit der Arbeiterschaft, darum Aufklärung in den Betrieben, überall wo sich Gelegenheit bietet, denn nur durch Einigkeit und Geschlossenheit können wir nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Macht erreichen. Die Arbeitgeber nützen zur Zeit die Krise gegen die Arbeiterschaft aus, stellen wir ihnen eine geschlossene Organisation gegenüber, und der Sieg wird auf unserer Seite sein! J. F.

Doch sie kamen nicht weit. An der Schienenkreuzung waren zwei Straßenbahnen ineinander gefahren und nun stand die lange Reihe der Bahnen im Winkel eine hinter der anderen. Die Mannschaft des Flitzers war abgesprungen und an der Arbeit, eine Durchfahrt zu schaffen.

Eine Sirene gellte. Der SAF. eilte zum Flitzer: „Das ist die Sirene von Hütte Adolf.“ Eine zweite Sirene fiel ein, von allen Seiten heulten Sirenen die Antwort. Eilig ließ der Flitzer aufsitzen. Plötzlich setzte der Lautsprecher über der Tür des Eckladens ein: „Achtung, Achtung, wir geben wieder Nachrichten durch. Bochum: Die Hammerschaften haben die Betriebe gesäubert, die SA. flieht. Mannheim: SA. verjagt. — Leunawerk marschiert auf Halle. Hamburg: Hafen und Werften im Streik. Breslau: Generalstreik, die Hammerschaften beherrschen die Stadt. — Im Arbeitsdienstlager Döberitz wird gekämpft. Leipzig, Chemnitz, Stuttgart, die Meldungen jagen sich, auch München meldet Generalstreik. — Achtung, Achtung, Berlin! Berlin meldet: Hitler im Flugzeug geflohen! Köln . . .“

Der Flitzer jagte davon. „Nachkommen!“ brüllte der SAF. ihnen im Davonfahren zu. Der Chauffeur ließ den Motor an. Doch Toni fiel ihm in den Arm: „Hiergeblieben!“ „Ich habe Sie beim Stab abzuliefern.“ „Wir bleiben hier! Arbeiter gehören zu Arbeitern!“

Lastkraftwagen brausten heran und stoppten an der Ecke; bewaffnete Arbeiter sprangen herab, ein Zug formierte sich. „Jetzt ist Schluß mit der braunen Herrlichkeit, jetzt wird aufgeräumt. Deutschland muß den Arbeitenden gehören! Vorwärts, Kameraden!“

Die Donawitzer Metallarbeiter reihten sich ein. Deutschland war erwacht. Ueber der Stadt heulten die Sirenen zum Kampf.

Laub'scher Verlag, Berlin.

## Fleischermeister züchten Schmutzkonzurrenz

Der Fleisch- und Wurstumsatz ist stark gesunken. Durch die Auswirkung der 5. Notverordnung des feudalen Junker- und Baroniekabinetts wird er weiter eingeschränkt. Die Sätze der Arbeitslosenunterstützung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtsunterstützung sind so stark gekürzt, daß viele Familien nicht mehr Sonntags Knochen zur Suppe, geschweige Fleisch haben werden. Den Beschäftigten im Fleischergewerbe eröffnen sich sehr schlimme Zukunftsperspektiven. Dazu kommt die künstliche Fleisch- und Wurstpreisverteuerung durch die Schlacht- und Ausgleichssteuern in einer Reihe Länder und die Quintessenz wird ein weiterer Rückgang des Fleischumsatzes und zunehmende Arbeitslosigkeit sein.

Ein besonderes Kapitel sind die Hauschlachtungen. Eine starke Förderung erfahren sie durch

## Unter Hakenkreuz und Freiherrnkron



Schutz den Reichen!

die niedrigen Viehpreise, und der Viehhalter glaubt, einen effektiven Nutzen nur dann zu erzielen, wenn er selbst schlachtet und das Fleisch auspfundet.

Gegen diese Auswüchse von jeher angekämpft zu haben, ist das Verdienst unserer Organisation. Gewiß haben auch die Fleischermeister dem Hausschlachtungswesen den Kampf angesagt, aber, sind sie es nicht gerade, die erst diese Zunahme der Hausschlachtungen ermöglichten? Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß sie, um Gesellenlohn einzusparen, irgendwelche dunklen Existenzen „anlernen“, die dann später als „Hausschlächter“ losgelassen werden. Man komme uns nicht damit, daß diese „Hausschlächter“ Fleischergesellen seien. Wohl gibt es Fleischergesellen, die aus einem gewissen Notstand Hausschlachtungen machen, aber in der Mehrzahl sind es die Pfuscher, die bei irgendeiner Gelegenheit durch einen Fleischerbetrieb gegangen sind. Als Beweis diene die „Allgemeine Fleischerzeitung“ Nr. 141. Da fragt ein „standesbewußter“ Fleischermeister an, was er seinem Hausbürsten ins Zeugnis schreiben müsse, der Fleisch zerlegt, Wurst machen half und ihn am Block im Laden vertreten mußte. Nun, nach § 630 des BGB. muß ihm bescheinigt werden, daß er Fleisch zerlegte, Wurst machte und Fleisch am Block aufhaute, was bedeutet, daß er über diese Fähigkeiten verfügte, sonst hätte er die Arbeit nicht verrichten können! Das ist eines vieler Beispiele, die typisch sind, mit welcher Skrupellosigkeit Pfuscher ausgebildet werden und dem Fleischergesellen Arbeit und Brot wegnehmen. Dieser Fleischer„meister“ ist einer jener Lohndrücker, die es überreichlich im Fleischergewerbe gibt und die nicht darum fragen, wieviel hungernde und arbeitslose Fleischergesellen sich nach Arbeit bemühen. Auch für den Deutschen Fleischer- (Meister-) Verband wird es höchste Zeit, in den eigenen Reihen auszumisten, statt über „Schwarzarbeit“ zu reden und Fleischergesellen zu verdächtigen. Ob der in Dortmund stattfindende Verbandstag der Fleischermeister Mut zu dieser Konsequenz aufbringt?

## Die Bäckermeistergenossenschaft im Jahre 1931

Die in den Innungen gut organisierten Bäckermeister besitzen auch ein weit ausgedehntes Netz von Einkaufsgenossenschaften. Am Schluß des Jahres 1931 waren 407 Genossenschaften mit 33 664 Mitgliedern vorhanden. Davon waren 362 Genossenschaften der Reichszentrale Deutscher Bäcker-Genossenschaften angeschlossen. Die Reichszentrale hat bei den Genossenschaften für 77 356 600 Mark Waren umgesetzt. Der Gesamtumsatz in allen Lokalgenossenschaften betrug jedoch 232 417 000 Mk. gegenüber 248 094 000 Mk. im Jahre 1930. Es wurde demnach etwa der dritte Teil des Bedarfs von der Zentralgenossenschaft gedeckt. Von den 14 Genossenschaftsverbänden, die wiederum die Zweigverbände des „Germania“-Innungsverbandes umfassen, steht Westfalen mit 20 385 Mill. Mk. an erster Stelle. Hier ist ein durchschnittlicher Umsatz pro Genossenschaft von 497 200 Mk. zu verzeichnen. Den niedrigsten Umsatz weisen die Genossenschaften in der Rheinpfalz mit 143 000 Mk. auf.

Das Bäckerhandwerk steht mit seinen Genossenschaften gegenüber allen Handwerkerorganisationen weit an erster Stelle. Ihm folgt das Bauhandwerk mit 205 Genossenschaften und in weiteren Abständen die übrigen Handwerkerorganisationen.

Beachtenswert ist die bedeutende Summe, die in den Genossenschaften umgesetzt wurde. Wohl steht sie im Verhältnis zum Gesamtumsatz nur mit einem geringen Anteil, der aber immerhin beweist, was durch genossenschaftliche Selbsthilfe geleistet werden kann.

Besonders angenehm wird es den genossenschaftlich organisierten Bäckermeistern nicht werden, wenn sie erfahren mußten, aus welchen Gründen kürzlich der Leiter der Reichszentrale deutscher Bäcker-Genossenschaften, Direktor R. Drews, ausscheiden mußte. Dazu wird in der „Bäcker- und Konditor-Tages-Zeitung“ folgendes bekanntgemacht:

„Herr R. Drews, der seit Bestehen der Reichszentrale erst Geschäftsführer, dann deren Direktor war, hat leider seit längerer Zeit das in ihm gesetzte Vertrauen mißbraucht, indem er sich auf Grund seiner Stellung private Sonderprivilegien verschaffte. Beim Auftauchen des ersten Verdachtes gingen Vorstand und Aufsichtsrat den Angelegenheiten auf den Grund, ließen durch einen Revisor des Revisionsverbandes gewerblicher Genossenschaften in Berlin alles eingehend prüfen und zogen nach Feststellungen der Verfehlungen die einzig mögliche Konsequenz des fristlosen Ausscheidens.“

Bestimmt müssen schwerwiegende Gründe zur plötzlichen Entlassung geführt haben, über die wir unseren Lesern noch Mitteilung machen werden.

## ADGB.-Vorstand zur Einheitsfront

Bloßlegung des Schwindels der KPD.

Der Vorstand des ADGB. hat zu der gegenwärtig viel diskutierten Frage einer Einheitsfront der politischen Arbeiterparteien Stellung genommen, weil er allseitig als Mittler in dieser Frage anerkannt wird. Er stellte jedoch mit Bedauern fest, daß die Voraussetzung für eine Einheitsfront, nämlich die Einstellung des gehässigen und verleumderischen Bruderkampfes, der in Versammlungen, in der Presse und in Flugblättern tagtäglich geführt wird, noch nicht eingetreten ist. Er verweist dabei auf eine Erklärung des Zentralkomitees der KPD., in der klipp und klar zum Ausdruck kommt, daß die KPD. auf diesen Bruderkampf nicht verzichten wird. Diese Erklärung ist unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Einheitsbestrebungen in der Arbeiterschaft von der höchsten Instanz der KPD. abgegeben worden. Unter diesen Umständen sieht der Vorstand des ADGB. für Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten. Es wird demzufolge Aufgabe der organisierten Arbeiter selbst sein, die moralischen Grundlagen für ein einheitliches Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen. Sie müssen jedem, der den Bruderkampf in ihren Reihen mit den bisherigen verwerflichen Mitteln fortsetzt, unzweideutig klarmachen, daß er den Todfeinden der deutschen Arbeiterschaft den Weg zum Siege bahnt.

## IGB. und Reparationsproblem

Kriegsschulden müssen gestrichen werden.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der kürzlich in Berlin tagte, hat zur Reparationsfrage eine Entschliebung angenommen, in der darauf hingewiesen wird, daß die — unter Außerachtlassung der vom Internationalen Gewerkschaftsbund vor mehr als 10 Jahren aufgestellten Forderungen — unternommenen Lösungsversuche der kapitalistischen Regierungen keine Resultate erzielt haben. Das Hoover-Feierjahr war eine Vertagung, aber keine Lösung. Die Sachverständigen haben einmütig erklärt, daß Deutschland nicht mehr zahlungsfähig sei. Weiter wird erinnert, daß der IGB. nicht nur gefordert habe die Kriegsschulden zu



streichen, sondern immer wieder betont habe, daß Deutschland ausschließlich zur Wiedergutmachung der in den zerstörten Gebieten verursachten Kriegsschäden verpflichtet ist. Angesichts der weltwirtschaftlichen Entwicklung verlangt der I.G.B., daß die Konferenz in Lausanne nicht vertagt und die Lösung der Probleme nicht hinausgeschoben werden darf, es sei vielmehr notwendig, im Interesse des wirtschaftlichen wie des politischen Friedens, die einzig vernünftige Lösung zu erreichen, nämlich Schluß mit den Reparationen. Der Internationale Gewerkschaftsbund, der die Volksschichten vertritt, die am stärksten von der Krise betroffen werden, verlangt, daß die Stimme der Arbeiterschaft auf den Konferenzen, die mit der Lösung der bezeichneten Probleme beauftragt sind, gehört wird.

## Nationale Würdelosigkeit deutscher Unternehmer

### Deutsche Produktionsstätten im Ausland.

Soeben veröffentlicht das britische Handelsministerium eine amtliche Bekanntmachung, wonach seit Beginn der englischen Schutzpolitik 65 deutsche Unternehmungen ihre Produktionsstätten in England errichteten. Diese Flucht aus Deutschland kennzeichnet erneut die nationale Würdelosigkeit deutscher Unternehmer, die es vorziehen, statt in Deutschland die Arbeiter zu beschäftigen, ihr Kapital und ihre Produktionsstätten nach dem Ausland bringen. Allerdings kennen diese Herrschaften auf ihre Art ihr Vaterland, das Profit und immer wieder Profit heißt! Jedem Arbeiter steigt empörend die Schamröte ins Gesicht, wenn er von einer solchen nationalen Würdelosigkeit Kenntnis erhält. Ihm bleibt es überlassen, durch Elends- und Hungerverordnungen sein Vaterland lebensfähig zu erhalten, während die Unternehmer den Begriff ihres Vaterlandes wie ein dreckiges Hemd wechseln!

## Keine Arbeitsbeschaffung

### Entlastung des Arbeitsmarktes nur gering.

Das politische Durcheinander, das mit dem Sturz der Regierung Brüning und der Berufung des reaktionären Kabinetts von Papen begann, hat seine Wirkung auf die Wirtschaft nicht verfehlt. Die Ungewißheit über die kommende Entwicklung hat jede Geschäftstätigkeit auf ein Mindestmaß herabgedrückt und blieb nicht ohne Einfluß auf den Arbeitsmarkt. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit, der in diesem Jahr aus mancherlei Gründen an sich schon höchst unbefriedigend gewesen ist, kam deshalb unter der neuen Regierung fast zum Stillstand. In der ersten Junihälfte ist nur eine Verringerung von 14 000 eingetreten, die im Hinblick auf die 5,57 Millionen noch erwerbsloser Arbeiter nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirkt. In Berlin-Brandenburg ist die Arbeitslosigkeit sogar bereits wieder erheblich gestiegen.

Diese trostlose Arbeitsmarktlage wird weiter stark beeinflusst durch die kürzlich erlassene Notverordnung. Der in ihr enthaltene Unterstützungsabbau tritt aus durchsichtigen Gründen allerdings erst am 1. August in Kraft und wird damit erst von diesem Zeitpunkt an eine wesentliche Einschränkung des Verbrauches und damit eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit bringen. Die Wirkungen sind aber bereits heute fühlbar, denn auch derjenige, der noch über Geld verfügt, schränkt seine Ausgaben stark ein.

Angesichts dieser sich steigernden Not muß es mehr als aufreizend wirken, daß das von der Regierung Brüning in allen Einzelheiten ausgearbeitete Arbeitsbeschaffungsprogramm, das im wesentlichen auf die Vorschläge der freien Gewerkschaften aufgebaut war, von der Adelsregierung unbeachtet geblieben ist. Auch die Prämienanleihe, die bereits vom Reichstag genehmigt war und die finanziell die Arbeitsbeschaffung sicherstellen sollte, wird nicht aufgelegt werden. Statt dessen werden Maßnahmen getroffen, die Arbeitsdienstpflicht generell durchzuführen, aber nicht um Arbeit zu schaffen, sondern um die Arbeitslosen in militärisch gedrillten Verbänden zusammenzufassen, die Leitung soll in nationalistische Hände gelegt werden. Da die noch nicht zu Heloten abgestumpften Arbeiter dieser Arbeitsdienstpflicht den größten Widerstand entgegenzusetzen werden, dürften die getroffenen Vorbereitungen zu nichts anderem führen als zu einer staatlichen Anerkennung der Privatarmee Hitlers. Die Arbeiterschaft wird diesen Vorgängen ihre volle Aufmerksamkeit entgegenbringen um zu verhindern, daß diese Kolonnen eingesetzt werden und den bereits auf ein Minimum herabgedrückten Lohn noch weiter senken. Die Reichstagswahl bietet Gelegenheit alle diese Pläne gebührend zu beantworten.

**Die Arbeiter haben von niemanden Hilfe zu erwarten!**

**Am 2. Juli  
ist der 28. Wochenbeitrag fällig**

## Hanns Kitzlinger

Unser Kollege Hanns Kitzlinger, Bezirksleiter in Saalfeld, verunglückte am 24. Juni infolge eines Motorradunfalls tödlich. Unerwartet traf uns die Hiobspost bei Fertigstellung der „Einigkeit“.

Erst vor kurzer Zeit stellte der Vorstandsvorstand ein Motorrad zur intensiveren Bearbeitung des Bezirks zur Verfügung. Das Unglück traf unseren Kollegen bei der Ausübung seiner Verbandsarbeiten.

Der Verstorbene wurde 1927 vom Denag in Saalfeld angestellt. In der Einheitsorganisation wurde er zum Bezirksleiter bestimmt. Sein Arbeitsgebiet war ein rauher, steiniger Boden. In den wenigen Jahren ist es aber unserem Freund gelungen, durch rastlose Arbeit viele im Wege stehende Hindernisse zu beseitigen, die gegen die Organisation vorhandenen Hemmungen bei unseren Berufsangehörigen zu bannen und freies Feld für die Machterweiterung des Verbandes zu gewinnen. Nur sein in ihm stark verwurzelter Idealismus gab ihm Mut und Kraft, die auf ihn hereinstürmenden Anfechtungen abzuschlagen.

Das hinterlassene Lebenswerk des aus unserer Mitte so jäh gerissenen Freundes beweist uns seinen unermüdbaren Fleiß und die Erfolge, die dadurch auch auf vorgeschobenem Posten erreicht werden können. Viel zu früh mußte unser Freund aus unserer Mitte scheiden. Einem tragischen Unfall fiel er bei Ausübung seiner Verbandsobliegenheiten zum Opfer. Wir trauern mit seiner Familie an der Bahre unseres Freundes und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

## Das ist der Wohlfahrtsstaat

### Oeffentliche Mittel für die Schwerindustrie.

Die Regierung der Freiherren und Barone, die im Einverständnis mit Hitler und seinen Trabanten dem ärmsten Teil der Bevölkerung neue Lasten aufbürdet, hat sich in ihrer Regierungserklärung mit besonders scharfen Worten gegen die soziale Unterstützung ausgesprochen und dabei den Staat in herabsetzender Weise als „Wohlfahrtsanstalt“ bezeichnet. Dieser Angriff galt nur den kärglichen Unterstützungen, die aus öffentlichen Mitteln denen gezahlt werden, die unter der Herrschaft des Kapitalismus verdammt sind ohne Arbeit dahinzuvegetieren. Mit keinem Wort hat die Regierung die Subventionen erwähnt, die im Laufe der Jahre an die Industrie gezahlt wurden. Diese Gelder belaufen sich auf viele hunderte von Millionen. Nun der neueste ungeheuerlichste Subventionsfall.

Die Gelsenkircher Bergwerks AG., die infolge ihrer sinnlosen Kapitalinvestitionen zu einem unnatürlichen Gebilde aufgeblasen wurde, hat die Hilfe des Reiches in Anspruch genommen. Nach unwidersprochenen Pressemeldungen sind es 100 Millionen Mark, die das Reich aufgewendet hat, um ein Paket Aktien zu übernehmen und damit den Konzern zu sanieren. Bei dieser Transaktion, die lediglich bezweckte Privatbesitz zu retten, hörte man kein Wort vom Wohlfahrtsstaat. Auch die nationalsozialistische Presse, die schnell bei der Hand war, die Regierung zu begeistern als bekannt wurde, daß die Konsumvereine von der Regierung finanzielle Hilfe verlangten, aber nicht erhielten, schweigen sich in allen Tonarten aus. Sie wissen warum. Im Aufsichtsrat der Gelsenkircher Bergwerks AG. sitzt nämlich unter anderen reaktionären Industriemagnaten ihr Parteigenosse Thyssen und als Ehrenvorsitzender fungiert Kirdorf, in dessen Schloß Adolf Hitler wohnt, wenn er sich im Rheinland aufhält.

Diese Zusammenhänge würden, wenn sie in allen Einzelheiten der Oeffentlichkeit bekannt würden, auch die Kanäle erkennen lassen, in denen das Geld aus der Schwerindustrie, in die Parteikasse der Nazis, fließt. Dieser plötzliche Geldbedarf der Gelsenkircher Bergwerks AG. mag weitgehend mit der Tatsache zusammenhängen, daß alle flüssigen Mittel den Nationalsozialisten zugeflossen sind, damit sie ihren im Interesse der Schwerindustrie geführten Wahlkampf finanzieren könnten. Nicht von der Hand zu weisen ist auch der Verdacht, daß auf dem Wege über die Subventionen die neuen Uniformen der SA., die gering geschätzt, etwa 15 Millionen Mark kosten, bezahlt werden.

Der Staat ist also nach wie vor noch eine Wohlfahrtsanstalt nur mit dem Unterschied, daß er den Opfern der kapitalistischen Mißwirtschaft die Unter-

stützung entzieht und die eingesparten Millionen der Schwerindustrie in den Rachen wirft, die ihrerseits dieses Geld den Nationalsozialisten zur Verfügung stellt. Deutschland wird erwachen!

## Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im Mai

Die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes, die in den vorhergehenden Jahren im Mai jeweils den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit herbeiführte, ist in diesem Jahre durch weitere Verschlechterung der Konjunktur teilweise aufgehoben worden. Die Zahl der Arbeitslosen senkte sich im Mai nur um 156 000 auf 5 694 000. Seit dem Höchststand im Winter ist erst ein Rückgang von rund 550 000 eingetreten. Die Arbeitslosigkeit in unseren Berufen unterscheidet sich wenig von der allgemeinen Entwicklung des Arbeitsmarktes. Der Rückgang der Arbeitslosenziffer ist gegenüber dem Vormonat nur gering. Prozentual gerechnet übertrifft er allerdings den allgemeinen Rückgang. Auch die Zahl der Kurzarbeiter hat abgenommen. Ueber den Rückgang in den einzelnen Berufen unterrichtet nachstehende Tabelle.

Industriegruppe	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	April 1932	Mai 1932	April 1932	Mai 1932
Getränkeindustrie ..	12 956	11 146	39 929	38 562
Süßwarenindustrie ..	5 810	5 623	7 170	6 106
Bäcker u. Konditoren ..	6 826	6 503	2 469	2 520
Fleischer .....	4 561	4 336	2 770	2 505
Müller .....	2 334	2 160	1 559	1 512
Böttcher u. Weinküfer ..	2 974	2 831	1 315	1 136
Insgesamt	35 461	32 599	55 212	52 341

Prozentual am stärksten ist die Arbeitslosigkeit unter den Beschäftigten in der Getränkeindustrie zurückgegangen. Er entspricht trotzdem nicht den Erwartungen. Im Bäcker- und Konditorenberuf wurden im Monat April (neuere Ziffern liegen noch nicht vor) von rund 51 000 Erwerbslosen nur 1278 vermittelt. Auf je 100 offene Stellen entfielen in dieser Berufsgruppe 4389 Arbeitsgesuche. Im Fleischerberuf wurden von 27 000 Erwerbslosen im April nur 932 vermittelt. Auf je 100 offene Stellen entfielen 3340 Arbeitsgesuche.

## Probeabstimmung in USA.

### Starke Mehrheit gegen Alkoholverbot.

Im Kampf um die Beseitigung des Alkoholverbotes in USA. haben die Probeabstimmungen, die von Zeit zu Zeit von der hochangesehenen und weitverbreiteten Zeitschrift „Literary Digest“ veranstaltet werden, große Bedeutung erlangt. An der im Mai durchgeführten Probeabstimmung haben sich insgesamt 4,66 Millionen Personen beteiligt. Nur ein kleiner Teil der wahlberechtigten Einwohner der USA., aber zur Klärung über die Volksstimmung mehr als ausreichend. Von den 4,66 Millionen Abstimmenden haben sich nur rund 1,23 Millionen oder 26,5 Proz. für die Beibehaltung des Alkoholverbotes ausgesprochen. Alle anderen haben gegen das Verbot gestimmt und damit zum Ausdruck gebracht, daß die Verfassungsbestimmung, in der das Alkoholverbot verankert ist, keine Grundlage mehr hat.

Interessant sind die Ergebnisse aus den einzelnen Staaten. Nur zwei Staaten gibt es, in denen sich die Abstimmenden überwiegend für die Beibehaltung des Verbotes ausgesprochen haben: Kansas und Nord-Karolina. In Kansas beträgt die Mehrheit bei 84 000 Stimmen nur 397 und in Nord-Karolina bei 67 000 Stimmen gar nur 68. Gegenüber der letzten Abstimmung, die im Jahre 1930 stattfand, hat sich der Prozentsatz der „Trockenen“ in diesen beiden Staaten wesentlich vermindert. Die bisher bestehenden „trockenen“ Mehrheiten in Arkansas, Oklahoma und Tennessee haben sich in eine „nasse“ Mehrheit verwandelt.

Ueber den Ausgang der Abstimmung wird in dem „Philadelphia-Tageblatt“, einer überwiegend deutsch-amerikanischen Zeitung, unter der Überschrift „Volksgericht“ Stellung genommen, und dabei auf Finnland verwiesen, wo die Prohibition vor einiger Zeit von dem Willen des Volkes in die wohlverdiente Versenkung gefegt worden ist. Es wird insbesondere festgestellt, daß in Finnland rund 70 Proz. sich gegen das Alkoholverbot ausgesprochen haben, während bei der Probeabstimmung in USA. 73,51 Proz. sich als Gegner des Verbotes erklärten.

## Bekanntmachungen des Vorstandes

Ungültig erklärt wird das Mitgliedsbuch für Robert Nohl, Nr. 281 414, eingetreten 18. August 1928 zu Frankfurt a. M. Es ist anzuhalten und dem Vorstand einzusenden.



### Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 17. bis 23. Juni 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin, NW 40.

#### Ortsgruppen:

Düsseldorf 86,28, Kassel 182,34, Lübben 100,—, Salzkotten 100,—, Gustraw 180,—, Berlin 9,35, Lütz 200,—, Celle 500,—, Kamenz 100,—, Thannhausen 100,—, Heidelberg 200,—, Kitzingen 300,—.

#### Sonstiges:

Berlin 11,55, 93,31, 250,—, Leipzig 30,80, Düsseldorf 3,50, Hamburg 3,50, München 3,50, Schmalkalden 3,—, Wollenbüttel 2,—, Hamburg 810,—, Köln 3,50, Mellrose 3,50, Leipzig 0,80, Bochum 3,50, Rheinhausen 2,40, Mannheim 3,50, Köln 3,50, Braunschweig 251,99, Lindenburg 6,—.

### Korrespondenzen

**Bremen. Stollwerckmethoden bei Goldina.** Nach Aufsaugung der Goldina A.-G. durch Stollwerck scheint jetzt auch ein anderer Kurs eingeschlagen zu werden. Langjährig Beschäftigten soll der tarifliche Anspruch auf den Facharbeiterlohn dadurch illusorisch gemacht werden, daß ihnen gekündigt wird, um sie dann als Hilfsarbeiter gegen einen geringeren Lohn wieder neu einzustellen, wobei der Urlaubsanspruch durch die Neueinstellung gesenkt werden kann. Es dürfte die Direktion interessieren, daß Arbeitern, die Wert auf Einstellung legten, von einem Meister Entschädigung abverlangt wurde, sei es in Geld oder Naturalien. So hat ein Arbeiter 50 Mk. gezahlt um eingestellt zu werden. Diese 50 Mk. sind von dem Meister nicht etwa zurückgewiesen, sondern in die Tasche gesteckt worden.

Sollen sich in der Krisenzeit die Arbeiter alles bieten lassen? Das Maß wird überlaufen, dann mögen die verantwortlichen Herren von Stollwerck auch dafür die Verantwortung tragen.

**Gera. Konditoreibesitzer Köhler,** ein strammer Verfechter des Dritten Reiches, zahlte den bei ihm beschäftigten Gehilfen keinen Lohn, auch die Versicherungsbeiträge wurden trotz Vereinbarung, die im Arbeitsvertrag festgelegt sind, nicht bezahlt. Nur für Schlafen und Essen mußten die Gehilfen arbeiten. Ob dieses der vielgerühmte Leistungslohn ist, von dem in Versammlungen der Nazi immer gesprochen wird? Wie mag es dann mit den Ferien und anderen Errungenschaften, die heute noch in Tarifverträgen verankert sind, im Dritten Reich aussehen? Auch den Erstgehilfen (Werkführer) hat Köhler um über 900 Mk. angepumpt (Interesseneinlage). Ob derselbe sein Geld wiedererhalten wird, nachdem Köhler jetzt seinen Laden geschlossen hat? Zum Glück war aber der Kollege organisiert, und vor dem Arbeitsgericht wurde Köhler verurteilt, für rückständigen Lohn, 14 Tage Kündigungsfrist und Schadenersatz zusammen 179 Mk. an ihn zu zahlen.

### Gewerkschaftliche Rundschau

**Im Dienste der Völkerverständigung.** (Eine edle Tat!) Der französische Gewerkschaftsbund hat dem ADGB die Summe von 25 000 Mk. übersendet mit der Bestimmung, daß diese Summe an die Kinder arbeitsloser Eltern in Deutschland verteilt wird. In einem Begleitschreiben wird mitgeteilt, daß diese Gelder in Gewerkschaftskreisen für notleidende Kinder gesammelt wurden. In diesem Brief wird weiterhin die Bitte ausgesprochen, daß die 25 000 Mk. an Kinder anderer Städte als Berlin, Hamburg, Leipzig und Nürnberg ausgezahlt werden mögen, da bereits 300 Kinder aus diesen Orten im Vorjahre einen Monat lang Gäste der CGT. auf der Insel Oléron waren. Dieser internationale Akt der französischen Gewerkschafter ist eine edle Tat, die einen weiteren Schritt zur Völkerverständigung bedeutet.

### Sozial- und Wirtschaftspolitik

**Wird die Arbeitszeit verkürzt?** Die Regierung der Hitlerbarone, die die breite Masse des Volkes stärker belastet hat als es jemals zuvor geschahen ist, behandelt das Problem der Arbeitsbeschaffung nur nebensächlich. Die großzügigen Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung Brüning wurden von der neuen Regierung unbeachtet gelassen. Stattdessen wird, um den Anschein zu erwecken, als ob wirklich etwas geschehe, zu Maßnahmen gegriffen, von denen sicher ist, daß sie keinen Erfolg haben werden. Es sollen Kurzarbeitsausschüsse gebildet werden, die innerhalb eines Landesarbeitsamtsbezirkes darauf hinwirken sollen, daß die Arbeitszeit gestreckt wird. An den Verhandlungen dieser Ausüsse sollen Gewerbeaufsichtsbeamte und auch die Schlichtungsorgane teilnehmen. Zur Mitwirkung sind auch die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen aufgefordert worden. Von seiten der Gewerkschaften wird dieser Aufforderung Folge geleistet werden. Sie werden sich dort Gehör verschaffen, das ihnen bei der Regierung versagt blieb. Würde die Regierung die Arbeitsstreckung ernstlich in Erwägung ziehen, hätte sie mehr als genug Gelegenheit gehabt, diese in die Tat umzusetzen.

**Reichssteuereinnahmen im Mai.** Im Monat Mai hat das Reich aus Besitz- und Verkehrssteuern insgesamt 340,7 Millionen Mark eingenommen. Gegenüber dem Vorjahr bleiben die Steuereinnahmen nur um 6 Millionen Mark zurück. Wenn es zu keinem größeren Rückgang kam, so

ist dies nur auf die Mehreinnahme aus der erhöhten Umsatzsteuer und auf den Ertrag der Krisensteuer zurückzuführen. Die Einkommensteuer ist gegenüber dem Vergleichsmonat um 58 Millionen Mark zurückgeblieben. Starke Rückgänge sind weiter eingetreten bei der Kapitalverkehrssteuer, bei der Kraftfahrzeugsteuer und der Beförderungsteuer.

Die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern sind mit 200 Millionen Mark um 9 Millionen Mark höher als im Mai vorigen Jahres. Mehreinnahmen wurden erzielt bei den Zöllen, bei der Tabaksteuer und der Zuckersteuer. Dahingegen blieb die Biersteuer um 9 Millionen Mark und die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol um 4 Millionen Mark hinter dem vorjährigen Ergebnis zurück.

**Zollbegünstigung für Weizen wird aufgehoben.** Amtlich wird mitgeteilt, daß auf Grund der gegenwärtigen Marktlage die Versorgung mit Brotgetreide bis zum Schluß des Erntejahres als gesichert gilt. Die Reichsregierung hält es deshalb nicht für erforderlich, die bis zum 30. Juni d. J. geltende Regelung für die zollverbilligte Einfuhr von Weizen zu verlängern. Auch beim Roggen ist die Versorgungslage so günstig, daß die Einfuhr weiterer zusätzlicher Roggenmengen nicht notwendig erscheint. Eine Brotverteuerung wird nach wie vor nicht eintreten. Die getroffenen Maßnahmen sind jedoch von dem entschlossenen Willen diktiert, alle Voraussetzungen zu schaffen, die im Interesse einer angemessenen Verwertung der neuen Ernte unerlässlich sind.

Diese Ankündigung der Aufhebung der Zollbegünstigung für Weizen hat schon heute zur Folge, daß infolge der Knappheit inländischen Brotgetreides die Weizenpreise an der Börse erheblich gestiegen sind. Auch die Roggenpreise gingen in die Höhe. Die Regierung wird beim Wort genommen werden, wenn sich aus dieser Preissteigerung eine Erhöhung des Brotpreises ergeben sollte.

**Kein Schächtverbot in Preußen.** Der landwirtschaftliche Ausschuß des Preußischen Landtages lehnte einen Antrag der Nationalsozialisten ab, der die Einführung des Schächtverbotes für ganz Preußen forderte.

**Reichs-Schweinezählung am 1. Juni.** Die am 1. Juni im gesamten Reichsgebiet durchgeführte Schweinezählung ergab einen Bestand von rund 21 Millionen Stück Schweinen. Allgemein rechnete man mit einem Rückgang von 10 Proz. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres, der jedoch nur 6 Proz. betrug. Die Bestände betragen jeweils am 1. Juni: 1931 22,5 Millionen Stück Schweine, 1930 19,8 Millionen, 1929 16,8 Millionen und 1928 20,2 Millionen.

### Internationales

**Belgien.** Das Fleischgewerbe unterliegt nicht dem Arbeitszeitgesetz vom 14. Juni 1921. Es wurde für diesen Beruf erst am 29. August 1926 eine Verordnung nach einer lebhaften Agitation des belgischen Nahrungsmittelarbeiter-Verbandes erlassen. Dadurch wurde die Arbeitszeit täglich auf höchstens 9 Stunden und wöchentlich auf 48 Stunden festgesetzt. An Sonntagen kann an 4 Stunden gearbeitet werden unter der Voraussetzung, daß im Laufe des Jahres 13 Tage Ausgleichsurlaub gewährt wird. Nunmehr benutzen die Unternehmer die Krise zur Sabotage dieser Verordnung. Besonders in den Handwerksbetrieben wird weit über die zulässige Arbeitszeit bis zu 60 und 70 Stunden in der Woche gearbeitet. In Brüssel scheint an den Sonnabenden die Ueberschreitung der 9-Stunden-Grenze allgemein üblich zu sein. Es liegen viele Fälle vor, wo die zulässige Arbeitszeit bis zu 6 Stunden überschritten wird. In der Paritätischen Kommission der Fleischindustrie wurden die Vorgänge zur Sprache gebracht und gefordert, eine Abänderung und Verschärfung der Verordnung und der Einberechnung der 4 Sonntagsstunden in das höchstzulässige Maximum von 48 Arbeitsstunden pro Woche.

**Tschechoslowakei: (Konferenz der Genossenschaftsbäcker.)** Am 8. Mai fand eine Konferenz der Vertrauensleute aus den Konsumgenossenschaften statt, die von beiden Organisationen gemeinsam veranstaltet war. Es wurde zur Nacharbeit in den Bäckereien Stellung genommen. Kollege Hejna, Prag, referierte über die fortwährenden Angriffe aus dem Unternehmerlager, wobei sich die Konsumvereine hervorragend beteiligten, um die gesetzlichen Bestimmungen über das Verbot der Nacharbeit wieder zu Fall zu bringen. Kollege Tichy ging besonders auf die Uebertretungen des Schutzgesetzes ein und brachte eine Fülle von Beweisen vor, daß sich die Aufsichtsbehörden um die Einhaltung der Schutzbestimmungen überhaupt nicht bekümmern. Es kann sogar der Nachweis erbracht werden, daß selbst die Behörden Sabotage betreiben.

Gefordert wurde nach lebhafter Debatte in einer längeren Resolution von der Landesgewerkschaftszentrale und von der deutschen und tschechischen sozialdemokratischen Partei, dafür Sorge zu tragen, daß diese unhaltbaren unmöglichen Zustände sofort beseitigt werden. Verlangt wird weiter ein vollständiger Umbau der Gewerbeinspektion, die durch Berufsangehörige zu ergänzen ist, um eine wirksame Kontrolle in den Bäckereien durchzuführen. Die Gewerbeinspektion müsse auch mit größeren Vollmachten ausgestattet werden und selbst über das Strafrecht verfügen können. Es sind Möglichkeiten zu schaffen, um die Kontrolle der Bäckereien überhaupt durchzuführen und dem Unternehmer muß das Recht genommen werden, daß er den Zutritt zu den Betriebsräumen verhindern kann.

**Verbandstag des dänischen Brauerei-, Brennerei- und Mineralwasserarbeiter-Verbandes.** Am 19. Juni und folgende Tage fand der 15. Verbandstag in Kopenhagen statt. Entgegen den meisten anderen dänischen Verbänden war es diesem Verband 1927 gelungen, die allgemein erfolgten Lohnkürzungen abzuwehren. Durch die geschlossene Organisation wurden noch Lohn-erhöhungen und andere Verbesserungen erkämpft. Da in Dänemark alle Verträge zusammen ablaufen, steht 1932 als Kampfsjahr in Aussicht. In diesem Zeichen standen auch die Debatten auf dem Verbandstag.

Wenn auch die Brauerei in Dänemark mehr als in den südlicher gelegenen Ländern Europas Saison-gewerbe ist, so kann trotz der in den letzten Jahren ungünstigen Witterungsverhältnisse eine gute Entwicklung des Verbandes festgestellt werden. Die Mitgliederzahl stieg seit den letzten zwei Jahren fast um 400 und betrug am 1. April 1932 rund 6000. Eine ähnliche Entwicklung verzeichnen die Einnahmen. Sie betragen an ordentlichen Beiträgen 35 000 Kronen im Jahre 1931/32, für den Streikfond 88 000 Kronen. Gestiegen sind auch die Einzelvermögensfonds. Sie betragen am 1. April 1932: Verbandsvermögen rund 131 000 Kronen, Streikfonds rund 752 000 Kronen, Arbeitslosenkasse rund 1 058 000 Kronen. Die Ortsgruppen weisen in ihren Lokalkassen Bestände von zusammen 270 000 Kronen aus.

Beschlüsse von besonders grundsätzlicher Bedeutung, die hier interessieren, wurden nicht gestellt. Die Beschlüsse bezogen sich meist auf innere Verbandsangelegenheiten. Daß die Krise auch auf die nordischen Agrarstaaten bereits übergreifen hat, zeigt das Ansteigen der Arbeitslosigkeit in diesem Verband. 16 Prozent der Mitglieder sind bzw. waren arbeitslos. Nur der zur Unterstützung an Arbeitslose angesammelte Fonds ermöglichte eine Verlängerung der Bezugsperioden von 120 auf 150 Tage im Jahr.

**Zentralverband der Lebensmittelarbeiter (Bodenbach) im Jahre 1931.** Unsere deutsche Bruderorganisation in der Tschechoslowakei wurde ebenfalls im Krisenjahr stark in ihrer Fortentwicklung beeinflusst. Stark hatte die Brauindustrie die Folgen der Krise zu spüren und gegen Schluß des Jahres war vielfach Kurzarbeit mit abwechselnder Aussetzung eingeführt. Diese Zeit benutzten die Unternehmer, um an den bestehenden Vertragsbestimmungen bedeutende Abschwächungen vorzunehmen. Die Verhandlungen brachten jedoch ein Ergebnis, nach dem die Unternehmerwünsche stark zurückgestellt werden mußten. Die Mühlenindustrie war im Berichtsjahr hindurch schwach beschäftigt. Dennoch mußte beobachtet werden, daß die gesetzliche Arbeitszeit des 8-Stunden-Tages mehr als früher durchbrochen wurde. Im Bäcker-gewerbe ist infolge der Wirtschaftsmisere ein Ueberhandnehmen der Uebertretungen des Nachtbackverbots zu verzeichnen. Wiederholt mußte das Sozialministerium und die Gewerbeinspektion auf diese Auswüchse aufmerksam gemacht werden. Dieser Zustand hat leider in den Konsum- und Arbeiterbäckereien stark um sich gegriffen. In einigen Orten war es möglich, mit den Bäckermeisterorganisationen Verträge zu vereinbaren, wobei Lohn-abbaubestrebungen abgewehrt werden konnten. Für die in den Konsumgenossenschaften beschäftigten Fleischer wurde ein Kollektivvertrag abgeschlossen. Die Zuckerwarenindustrie litt besonders unter der zunehmenden Arbeitslosigkeit.

Der Mitgliederstand erhöhte sich auf 3100, trotz allen Hemmungen und Schwierigkeiten, die in wirtschaftlicher Hinsicht bestanden. Für Unterstützungszwecke war die enorme Summe von 570 153 Kronen erforderlich. Beinahe der vierte Teil der Mitglieder war im Berichtsjahr hindurch arbeitslos. Soweit Anzeichen vorliegen, dürfte in diesem Jahr noch eine erhebliche Verschlechterung eintreten und eine weitere Zunahme der arbeitslosen Mitglieder mit sich bringen.

Unserer Kollegin Charlotte Kraß zu ihrem Mann nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,80]

Die Kollegen der Geidel-Brauerei Werdau. Ortsgruppe Zwickau

Unserm Kollegen Walter Clauss und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. [2,10]

Die Kollegen der Felsenkellerbrauerei Burkardsdorf. Die Ortsgruppe Zwickau

**Nachruf!**  
Am 15. Mai entriß uns der Tod unseren langjährigen Verbandskollegen, den Bäcker und Müller

**Fritz Kühn**  
Invalide.  
Ehre seinem Andenken. [3,90]  
Ortsgruppe Spremberg.

**Nachruf!**  
Am 17. Juni 1932 verstarb unser Kollege, der Fleischer **Max Müller**  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [3,30]  
Ortsgruppe Hanau a. M.

Unserm Kolleg. Andreas Ganzen zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche, [2,10]

Die freigeorganierten Kollegen der Kloster-Brauerei, Metternich. Die Ortsgruppe Koblenz

Unserm Kollegen Josef Schiml nebst seiner lieben Frau zur stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]

Die Ortsgruppe Schweinfurt.

**Nachruf!**  
Der Tod entriß uns unsern lieben Kollegen **Josef Moser**  
Brauerei Hahlberg. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Ortsgruppe Passau, [3,—]

**Nachruf!**  
Am 20. Juni 1932 verschied unerwartet unser treuer Koll. und langjähriges Verbandsmitglied, der Kraftfahrer

**Michael Ball**  
Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren. [5,10]

Die Kollegen der Neitebrauerei Weißenthurm und Ortsgruppe Koblenz.



# Frauenrecht

## Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer  
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner  
Copyright by Verlag Ag. Synek Prag

25. Fortsetzung.

Und gleichsam als letzten Trumpf begann der feindliche Tisch zu singen: „Scheiden, ach Scheidens Schmerz, mir bricht dabei das Herz...“

„Franto!“ rief man dem verwundeten Soldaten zu, als sie das „Waisenkind“, alles übertäubend, zu Ende gesungen hatten, „laß sie schon sein und komm dich zu uns setzen. Hust auf sie und schick Zigaretten herüber! Wirst Sie unterhalten, die Schlappschwänze.“

Schwejk und seine Begleiter betrachteten das alles mit Interesse.

Schwejk versenkte sich in Erinnerungen. Wie oft war er hier vor dem Krieg gesessen. Häufig war Polizeikommissär Draschner zur polizeilichen Untersuchung hergekommen, die Prostituierten, die sich vor ihm fürchteten, hatten ein Lied mit einem gegenteiligen Text auf ihn verfaßt. So sangen sie einmal im Chor:

„Als mal Herr Draschner kam,  
hub ein großes Breigel an,  
Mana, die war besoffen,  
hats mit Draschner gut getroffen.“

Im nämlchen Augenblicke war Draschner mit seinen Leuten eingetreten, fürchterlich und unerbittlich. Es war, wie wenn man mitten unter Rebhühner schießt. Zivilpolizisten trieben alles zu einem Haufen zusammen. Auch er, Schwejk, war damals in diesem Haufen, denn bei seinem Pech hatte er Kommissär Draschner gesagt, als ihn dieser aufforderte, sich zu legitimieren: „Haben Sie dazu eine Bewilligung von der Polizeidirektion?“ Schwejk erinnerte sich auch eines Dichters, der hier unter dem Spiegel zu sitzen pflegte und in dem allgemeinen Lärm bei „Kuklik“ bei Gesang und Harmonikaklängen seine Gedichte schrieb und sie den Prostituierten vorlas.

Schwejks Begleiter hingegen hatten keinerlei ähnliche Reminiszenzen. Es war für sie etwas vollkommen Neues. Es fing an ihnen zu gefallen. Der erste von ihnen, der hier volle Befriedigung fand, war der kleine Dicke, denn solche Menschen besitzen außer ihrem Optimismus eine große Neigung zum Epikuräismus. Der Lange kämpfte eine Weile mit sich selbst. Und wie er bereits seine Skepsis verloren hatte, verlor er allmählich auch seine Gemessenheit und den Rest von Ueberlegung.

„Ich wer bißl tanzen“, sagte er nach dem fünften Bier, als er die Paare „Schlapak“ tanzen sah.

Der Kleine gab sich völlig dem Genusse hin. Neben ihm saß ein Fräulein, die schlüpfriß Dinge sprach. Seine Augen spielten nur so.

Schwejk trank. Der Lange tanzte zu Ende und kam mit seiner Tänzerin zum Tisch zurück. Dann sangen sie, tanzten, tranken ununterbrochen, tätschelten ihre Nachbarinnen. Und in dieser Atmosphäre von käuflicher Liebe, Nikotin und Alkohol kreiste unauffällig der alte Wahlspruch: „Nach uns die Sintflut!“

Nachmittag setzte sich ein Soldat zu ihnen und machte sich erbötig, ihnen für einen Fünfer eine Phlegmone und eine Blutvergiftung zu machen. Er hat die Injektionspritze mit und wird ihnen ins Bein oder in die Hand Petroleum spritzen. Sie werden damit wenigstens zwei Monate liegen und wenn sie die Wunde mit Speichel nähren werden, eventuell ein Jahr und man wird sie gänzlich vom Militär befreien müssen.

Der Lange, der bereits alles seelische Gleichgewicht verloren hatte, ließ sich auf dem Abort von dem Soldaten Petroleum unter die Haut spritzen.

Als sich bereits der Abend herabsenkte schlug Schwejk vor, den Weg zum Feldkurat anzutreten. Der kleine Dicke, der schon zu lallen anfang, redete Schwejk zu, noch zu warten. Der Lange war auch der Ansicht, daß der Feldkurat warten könne. Schwejk gefiel es aber nicht mehr bei Kuklik und deshalb drohte er ihnen, allein zu gehen.

Sie gingen also, aber er mußte ihnen versprechen, daß sie alle noch irgendwo einkehren würden.

Sie kehrten auf dem Florenz in einem kleinen Kaffeehaus ein, wo der Dicke seine silberne Uhr verkaufte, um sich noch weiter vergnügen zu können.

Von dort führte sie Schwejk bereits unterm Arm. Es gab ihm schrecklich viel Arbeit. Ununterbrochen knickten ihnen die Knie ein und sie wollten fortwährend noch irgendwo einkehren. Der kleine Dicke hätte beinahe das Paket für den Feldkurat verloren, deshalb war Schwejk gezwungen, das Paket selbst zu tragen.

Schwejk mußte sie unausgesetzt darauf aufmerksam machen, wenn ihnen ein Offizier oder irgendeine Charge entgegenkam. Nach übermenschlicher Anstrengung und Mühewaltung gelang es Schwejk, sie zu dem Haus in der Königstraße zu schleppen, wo der Feldkurat wohnte.

Er selbst steckte ihnen die Bajonette auf die Gewehre und zwang sie durch Rippenstöße, ihn zu führen, statt sich von ihm führen zu lassen.

Im ersten Stock, wo sich an der Wohnungstür eine Visitenkarte befand: „Otto Katz, Feldkurat“, öffnete ihnen irgendein Soldat. Aus dem Zimmer ertönten Stimmen und das Klirren von Gläsern und Flaschen.

\*) Ein ziemlich bewährtes Mittel, ins Spital zu kommen. Allein der Geruch des Petroleums, der in der Schwellung bleibt, verrät es. Benzin ist besser, weil es früher verräuchert. Später hat man sich Aether mit Benzin eingespritzt, und noch später hat man eine andere Verbesserung erreicht. (Anm. d. Verl.)

## Aufklärung in der Eheberatung

Die Frage der sexuellen Aufklärung, der Aufklärung über die Fragen des Geschlechtslebens, umfaßt ein viel weiteres Feld, als man im allgemeinen anzunehmen geneigt ist. Die einfachste Form ist ja die, bei der es sich darum handelt, Kinder, die in das Reifealter eintreten, in der Zeit der beginnenden Pubertät aufzuklären über ihre eigenen körperlichen Erscheinungen und deren Zusammenhänge. Mütter haben uns in unserer Eheberatungsstelle darüber um Rat gefragt, und wir haben diese Frage in besonderen Mütterabenden besprochen. Nach unserer Auffassung ist die Mutter die rechte Stelle, ihre Kinder bekannt zu machen mit den natürlichen Vorgängen, sie auch auf gewisse Gefahren aufmerksam zu machen, ohne sie zu sehr zu ängstigen, und dies so rechtzeitig zu tun, daß möglichst vermieden wird, daß die Dinge in unschöner Form von dritter Seite an die Kinder herangebracht werden.

Daneben kommt eine Aufklärung junger Leute in Betracht, die heiraten wollen. Diese Fragen sind ja selten. Aber uns freuten doch verschiedene Beispiele von Gewissenhaftigkeit, die dabei zu verzeichnen waren. Ein junges Mädchen, das schon vor der Ehe mit ihrem Bräutigam einen Verkehr gehabt hatte, also im gewöhnlichen Sinne doch aufgeklärt war, sollte erst noch Bescheid wissen über die Einzelheiten der Empfängnis und Zeugung, da sie sich sehr ein Kind wünschte und der bisher geübte Verkehr ohne Folgen geblieben war. Sie beschaffte sich auf unsern Rat ein Buch, in dem die ganzen Fragen medizinisch genau behandelt waren in einfacher, leichtverständlicher Form. So kam dies junge Mädchen auch in die Lage, durch ihre Kenntnisse Unregelmäßigkeiten in der Ehe, die vielleicht manchmal krankhafte Erscheinungen sind, die oft zu spät erkannt werden, wie gewisse Schmerzen, Absonderungen usw. rechtzeitig zu bemerken.

Ein ganz eigenes Feld ist die sexuelle Aufklärung von Eheleuten, die sich in der Ehe gar nicht orientieren und klar werden können über verschiedene Erscheinungen, die da bei ihnen oder bei ihrem Ehepartner auftreten. Es kommt da auch manches vor, das nicht normal ist, und besonders die Frauen wissen dann meistens gar nicht Bescheid. Sie

kommen und fragen: „Muß das so sein?“ Es gibt ja Männer, die infolge wohl krankhafter Veranlagung den Geschlechtsverkehr nicht in normalen Formen vollziehen. Einmal kam zu uns eine junge Frau, die erst einige Monate verheiratet war, und deren Mann den Verkehr nur ausüben konnte, wenn der Mann den Verkehr für die Frau mit körperlichen Qualereien durch ihn verbunden war; er war also „sadistisch“, wie man das nennt. Ein anderer Mann wollte selber gequält werden; diese Leute sind Masochisten, wie man das nennt. Ein anderer Mann wollte selber, man das nach einem Schriftsteller Sacher-Masoch, man diese krankhafte Veranlagung besonders eingehend geschildert hat, zu nennen pflegt. Die beiden Frauen dachten, daß vielleicht alle Männer derartige Wünsche hätten. Manche Männer wiederum, die Frauen haben, die bei dem Verkehr gänzlich empfindungslos bleiben, wissen ebenfalls nicht, ob das „so sein muß“. Man nennt das bei den Frauen „Frigidität“. Eine solche Gefühlskälte hat, wenn sie sehr stark ist, schon manchmal das eheliche Glück beeinträchtigt. Ein Arzt in den Beratungsstellen oder eine Aerztin, die die Erscheinungen verständnisvoll klarzulegen weiß und, wo es möglich ist, auf Abhilfe hinweist, stiftet manchen Segen in den Beratungsstellen.

Unsere Arbeiterwohlfahrtsorganisationen beschäftigen sich neuerdings wohl auch an manchen Orten mit der Frage der Einrichtung von Eheberatungsstellen. Es wäre gewiß sehr wünschenswert, wenn sie den verschiedenen Seiten der Sexualberatung ihre besondere Aufmerksamkeit schenken und für Aufklärung über manches in kleineren Kreisen sorgen würden. Die bestehenden Sexualberatungsstellen sind oft zu einseitig auf die Frage der Empfängnisverhütung eingestellt, aber das Gebiet ist eben doch viel größer. In bestimmten kleinbürgerlichen und auch anderen bürgerlichen Kreisen besteht noch immer eine Abneigung dagegen, diese Dinge zu kennen. Andererseits besteht bei einem Teil der jüngeren Generation eine übersteigerte Erotik, die gerade durch gewisse sogenannte aufklärende Bücher gefördert wird. Eine ruhige sachliche Kenntnis der natürlichen Vorgänge, die doch schließlich rein naturwissenschaftlich zu begreifen sind, ist nützlich und gesund. Die Kenntnis geht natürlich weit über das hinaus, was hier nur angedeutet werden konnte.

Henni Lehmann.

„Wir — melden — gehorsam — Herr — Feldkurat“, sagte der Lange mühsam, indem er dem Soldaten salutierte. „ein — Paket — und ein Mann gebracht.“

„Kommt herein“, sagte der Soldat, „wo habt ihr euch denn so zugerichtet? Der Herr Feldkurat is hier.“ — Der Soldat spuckte aus.

Der Soldat verschwand mit dem Paket. Sie warteten lange im Vorzimmer, bis sich die Türe öffnete, und der Feldkurat ins Vorzimmer nicht geschritten, sondern geflogen kam. Er war nur in Weste und in der Hand hielt er eine Zigarre. „Also Sie sind schon hier“, sagte er zu Schwejk, „man hat Sie also hergebracht. Eh — haben Sie keine Streichhölzer?“

„Melde gehorsamst, Herr Feldkurat, daß nicht.“  
„Eh — und warum haben Sie keine Streichhölzer? Jeder Soldat soll Streichhölzer haben, damit er Feuer geben kann. Ein Soldat, der keine Streichhölzer hat, ist — Was ist er?“

„Er ist, melde gehorsamst, ohne Streichhölzer“, antwortete Schwejk.

„Sehr gut, er ist ohne Streichhölzer und kann niemandem Feuer geben. So, also das wäre eins und jetzt das zweite. Stinken Ihnen nicht die Füße, Schwejk?“

„Melde gehorsamst, daß nicht.“  
„So das wäre das zweite. Und jetzt das dritte. Trinken Sie Schnapps?“

„Melde gehorsamst, daß ich nicht Schnapps trink, nur Rum.“

„Gut, schau Sie sich hier diesen Soldaten an. Den hab ich mir für heut vom Oberleutnant Feldhuber ausgeborgt, er ist sein Putzleck. Und der trinkt nichts, er ist Ab-ab-ab-stinenzler. W — weil ich so einen Menschen nicht brauchen kann. Das ist kein Putzleck, das ist eine Kuh. Die trinkt nur Wasser und buht wie ein Ochs.“

„Du bist Abstinenzler“, wandte er sich an den Soldaten. „daß du dich nicht schämst, Trottl. Du verdienst ein paar Watschen.“



Der Feldkurat kehrte seine Aufmerksamkeit den beiden zu, die Schwejk gebracht hatten und in dem Bestreben geradestehen hin und her wankten, während sie sich verzweifelt auf ihre Gewehre stützten.

„Ihr habt euch be — betrunken“, sagte der Feldkurat, „habt euch im Dienst betrunken und dafür laß ich euch ein — einsperren. Schwejk, Sie nehmen ihnen die Gewehre ab und führen sie in die Küche und werden sie bewachen, solange die Patrouille nicht kommt, um sie abzuführen. Ich werde gleich in die Kaserne telephonie — nie — nie — nieren.“

Und so fanden Napoleons Worte: „Im Kriege wendet sich die Situation jeden Augenblick“, auch hier ihre volle Bestätigung.

Am Morgen hatten ihn die beiden „Bajonett auf“ geführt, in der Angst, er könne ihnen weglauten, dann hatte er selbst sie hergebracht, und zum Schluß mußte er sie selbst bewachen.

Anfangs waren sie sich dieser Veränderung nicht gut bewußt, erst als sie in der Küche saßen und Schwejk mit Gewehr und Bajonett bei der Tür stehen sahen, ging ihnen ein Licht auf.

„Ich möcht was trinken“, seufzte der kleine Optimist, während der Lange wieder einen Anfall von Skeptizismus bekam und sagte, daß das alles ein elender Verrat sei. Er fing an Schwejk laut zu beschuldigen, daß er sie in eine solche Lage gebracht habe und warf ihm vor, daß er ihnen angeblich versprochen habe, er werde morgen gehängt werden; jetzt könne man sehen, daß alles nur eine Hetz gewesen war, samt der Beichte und dem Hängen.

Schwejk schwieg und ging vor der Tür auf und ab. „Ochsen waren wir!“ schrie der Lange.

Zum Schluß, nachdem er beide Beschuldigte angehört hatte, verkündete Schwejk:

„Jetzt seht ihr wenigstens, daß das Militär kein Honigleckchen is. Ich tu meine Pflicht. Ich bin grad so hineingefallen wie ihr, aber in der Volkssprache sagt man, daß mir das Glück hold war.“

„Ich möcht was trinken“, wiederholte verzweifelt der Optimist.

Der Lange stand auf und ging schwankenden Schritts zur Tür. „Laß uns nach Haus“, sagte er zu Schwejk. „Kollege, blödl nicht.“

„Geh weg von mir“, entgegnete Schwejk, ich muß euch bewachen. Jetzt kennen wir uns nicht.“

In der Tür zeigte sich der Feldkurat: „Ich, ich kann mich nicht und nicht mit der Kaserne verbinden, also gehts nach Haus und merkt euch, daß man im Dienst nicht sau — saufen darf. Marsch!“

Zur Ehre des Herrn Feldkuraten sei gesagt, daß er nicht in die Kaserne telephoniert hatte, weil er gar kein Telephon besaß und in eine Stehlampe gesprochen hatte.

Bereits den dritten Tag war Schwejk Diener beim Feldkurat Otto Katz und hatte ihn während dieser Zeit nur einmal gesehen. Am dritten Tag kam der Offiziersdiener von Oberleutnant Helmich, Schwejk möge den Feldkurat abholen kommen. (Fortsetzung folgt.)